

Die tschechoslowakische Krise und die baltischen Staaten

von Magnus Ilmjärvi

Die geografische Lage der Tschechoslowakei ähnelt in gewisser Hinsicht derjenigen der baltischen Staaten, denn auch in ihr treffen sich Ost und West. Wie Esten, Letten und Litauer in Folge des Zusammenbruchs des Russländischen Reichs, erlangten Tschechen und Slowaken ihre Unabhängigkeit nach dem Ersten Weltkrieg und den darauf folgenden Revolutionen, die zur Auflösung des österreichisch-ungarischen Imperiums führten. Die Grenzen des neuen Staates wurden in den Friedensverträgen von Versailles, von Saint-Germain-en-Laye und von Trianon festgelegt.

In der Zwischenkriegszeit lebten in der Tschechoslowakei 14 Mio. Einwohner, davon 3 Mio. Deutsche. Die territoriale Lösung führte zu Konflikten mit Deutschland, Polen und Ungarn: mit Deutschland um das Sudetenland, mit Polen um Cieszyn/Teschen, mit Ungarn um Teile der Slowakei und Transkarpatien.

Zum Wendepunkt in der Friedensordnung von Versailles und in der französischen Außenpolitik wurde 1923 die Ruhrkrise. In ihrer Folge verschlechterten sich die Beziehungen Frankreichs mit Belgien und Italien. Im Mittelmeerraum verstärkte sich die Verbindung zwischen Spanien und Italien, die von Großbritannien unterstützt wurde. Andererseits näherte sich Frankreich Anfang 1924 der Tschechoslowakei und Polen an. Am 24. Januar wurde ein französisch-tschechoslowakischer Bündnis- und Freundschaftsvertrag geschlossen, der jedoch keine Militärkonvention enthielt. Zwar hätte Paris gerne einen gegenseitigen Beistandspakt zwischen Prag und Warschau gesehen, doch ein solches blieb aus.¹ Das Vertragswerk von Locarno führte noch einmal zur Neubewertung der französischen Außen- und Sicherheitspolitik. Während Frankreich bis dahin versucht hatte, die deutsche Gefahr dadurch auszubalancieren, dass Deutschland mit Hilfe von Allianzen oder durch die Vergrößerung der eigenen Möglichkeiten eingeengt wurde, näherte sich Paris im Rahmen des Prinzips der kollektiven Sicherheit nun Berlin an: Um die Gefahr zu neutralisieren, kam man dem Staat näher, von dem diese Gefahr ausging.² Der Vertrag von Locarno bot jedoch Osteuropa keine Garantien und ließ Deutschland die Möglichkeit, die Souveränität der Tschechoslowakei zu verletzen. Andererseits jedoch förderte der ungarische Revisionismus die Herausbildung von neuen Blöcken in der Region – die Gründung der Kleinen Entente zwischen der Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien.

Die Machtübernahme Hitlers verschärfte die innere Lage der Tschechoslowakei durch die Politisierung der Sudetendeutschen. Nach Ansicht Hitlers und anderer führender Nationalsozialisten sollte die Tschechoslowakei zuerst von seinen Bündnispartnern und dem

1 Isabelle Davion: *Les projets de Foch à l'est de l' Europe (1919–1924)*, in: *Cahiers du CESAT* (Juni 2007), S. 23–27, hier S. 26 f.; Piotr Stefan Wandycz: *The Twilight of French Eastern Alliances, 1926–1936: French-Czechoslovak-Polish Relations from Locarno to the Remilitarization of the Rhineland*, Princeton, NJ 1988, S. 10–12.

2 Randall L. Schweller: *Deadly Imbalances. Tripolarity and Hitler's Strategy of World Conquest*, New York, NY 1998, S. 67.

Völkerbund isoliert werden, bevor man sie zerstören könne. Hitlers Politik richtete sich gegen die Existenz eines Staates in der Mitte Europas, der über eine große deutsche Minderheit verfügte und der sich in seiner Außenpolitik an der Sowjetunion und Frankreich orientierte. Aus dem Gebiet der Tschechoslowakei sollte nach seiner Auffassung ein Kerngebiet des Reiches werden.³

Kleinststaaten können sich im Falle eines Konflikts der Großmächte neutral verhalten, sie können sich dem stärkeren, auch einem potentiell feindlich gesinnten Staat anschließen (*bandwagoning*) oder mit ihrem Bündnisverhalten ein Gleichgewicht der Kräfte suchen. Stephen M. Walt zufolge betreibt ein Kleinstaat die Politik des *bandwagoning*, wenn er den Konflikt vermeiden möchte. Seine Möglichkeiten, auf die Lösung des Konflikts einzuwirken, sind begrenzt, Bündnispartner fehlen und die politische Führung des Kleinstaates zieht die Möglichkeit in Betracht, aus der Annäherung an einen potentiellen Gegner bei siegreichem Ausgang des Konflikts am Gewinn zu partizipieren.⁴ Walt zufolge sei *bandwagoning* vor allem dann eine Option, wenn ein Kleinstaat Nachbar einer Großmacht ist. Ein Land, das auf das Gleichgewicht der Kräfte setzt, sei seiner Meinung nach jedoch in der besseren Position, da der Aggressor in diesem Fall einer kombinierten Opposition gegenüberstehe, während im Falle des *bandwagoning* der Aggressor bei Erfolg mehr und mehr zusätzliche Bündnispartner erhalten würde und seine Ressourcen größer würden.⁵ Auch Eric J. Labs folgt der Theorie der Internationalen Beziehungen, nach der sich ein schwacher Staat tendenziell eher mit einer ihn gefährdenden Großmacht auf *bandwagoning* einlässt. Labs sieht dieses Zusammengehen jedoch eher als einen Imperativ an. Im Konfliktfall auf der Seite des Siegers zu stehen, geschehe ungeachtet der Frage, ob der Sieger das Gleichgewicht der Kräfte gefährdet oder nicht.⁶ Der US-amerikanische Historiker Paul Schroeder beschäftigt sich mit den Handlungsoptionen und Strategien von Staaten in Krisensituationen. Als „hiding“ bezeichnet er den Versuch, sich der Krise zu entziehen und damit eine der beiden Konfliktparteien zu begünstigen – eine, wenn man so will, Vogel-Strauß-Taktik.⁷ Auch für ihn ist das *bandwagoning* eine Möglichkeit, Schutz zu suchen, und zwar durch Vereini-

3 Vgl. Johann Wolfgang Brügel: *Czechoslovakia before Munich. The German Minority Problem and British Appeasement Policy*, Cambridge 1973, S. 175-194. Zur tschechoslowakischen Außen- und Sicherheitspolitik siehe Mark Cornwall, Robert J.W. Evans (Hrsg.): *Czechoslovakia in a Nationalist and Fascist Europe 1918–1948*, Oxford 2007; Vít Smetana: *In the Shadow of Munich. British Policy towards Czechoslovakia from the Endorsement to the Renunciation of the Munich Agreement (1938–1942)*, Prag 2008; Aleksandr Bobrakov-Timoškin: *Proekt „Čechoslovakija“. Konflikt ideologij v pervoj Čechoslovackoj respublike (1918–38)* [Projekt „Tschechoslowakei“. Konflikt der Ideologien in der ersten Tschechoslowakischen Republik (1918–38)], Moskau 2008.

4 Stephen M. Walt: *The Origins of Alliance*, Ithaca, NY u.a. 1987, S. 29 f.

5 Ebenda.

6 Eric J. Labs: *Do Weak States Bandwagon?*, in: *Security Studies* 1 (1992), Nr. 3, S. 383-416.

7 Paul W. Schroeder: *The Neo-Realist Theory of International Politics: A Historian's View*, in: *ACDIS Occasional Paper* (April 1991), S. 3 f. Schroeder nennt als weitere Strategien die Neutralitätserklärung in der allgemeinen Krise, die Bitte um Garantien seitens einer der beiden Konfliktparteien, sich in die Isolation zu verabschieden, das Simulieren einer Verteidigungsposition in der Hoffnung, die Krise möge vorbeiziehen, diplomatischen Schutz bei anderen Staaten zu suchen, Freundschaftsbeziehungen zu bzw. nicht-militärische Hilfe von einer Großmacht zu suchen, ohne sich ihr als Partner anzuschließen sowie die Verpflichtung auf Gewaltverzicht.

gung mit der stärkeren Seite, selbst dann, wenn man gegenüber dem möglichen Verteidiger schutzlos ist und seine eigene Unabhängigkeit riskiert.⁸

Die baltischen Staaten und auch die Tschechoslowakei sind Beispiele, wie nach dem Münchener Abkommen von 1938 versucht wurde, sich an die neuen außenpolitischen Umstände mithilfe des *bandwagoning* anzupassen. Die vier Staaten versuchten alles zu vermeiden, was als Gegnerschaft zum Deutschen Reich hätte interpretiert werden können. Das Ende der Tschechoslowakei kam im März 1939. Und der Hitler-Stalin-Vertrag vom August 1939 brachte das *bandwagoning* der baltischen Staaten gegenüber der Sowjetunion mit sich.

Die heutige Geschichtsschreibung in der Russländischen Föderation und in den drei baltischen Staaten zur tschechoslowakischen Krise von 1938/39 könnte gegensätzlicher nicht sein. In den baltischen Staaten dominiert die Ansicht, das Münchener Abkommen habe keine direkte Verbindung mit dem Schicksal Estlands, Lettlands und Litauens 1939/40.⁹ In manchen Darstellungen wird die tschechoslowakische Krise ganz übergangen und das Münchener Abkommen nicht erwähnt.¹⁰ Die russische Historiografie indes geht davon aus, dass sich der Hitler-Stalin-Pakt aus dem Münchener Abkommen herleiten ließe.¹¹ Hier wird behauptet, dass der Kreml seit dem Herbst 1938 die Vereinbarung zwischen London und Paris auf der einen und Berlin auf der anderen Seite als Schaffung einer gemeinsamen antisowjetischen Front gefürchtet habe.

Im vorliegenden Artikel geht es auf der Grundlage von umfangreichem Archivmaterial¹² und der einschlägigen Forschungsliteratur um die Außenpolitik der baltischen Staaten im

8 Ebenda, S. 4; Michael Sheehan: *The Balance of Power. History and Theory*, London u.a. 1996, S. 162-169.

9 Vgl. Maksims Duhanovs, Inesis Feldmanis u.a.: *1939. Latvia and the Year of Fateful Decisions*, Rīga 1994; Edvardas Tuskenis (Hrsg.): *Lithuania in European Politics*, New York, NY 1998; Vahur Made: *Eesti ja Rahvasteliit [Estland und der Völkerbund]*, Diss. Universität Tartu, Tartu 1999.

10 Vgl. Dajna Blejere, Ilgvars Butulis u.a.: *Istoriija Latvii. XX vek [Geschichte Lettlands. 20. Jahrhundert]*, Rīga 2005, S. 180 f. – Als Ausnahmen sei auf die folgenden Arbeiten hingewiesen: Algimantas Kasparavičius: *Lietuva 1938–1939 m. Neutraliteto iluzijos [Litauen 1938–1939. Die Illusion der Neutralität]*, Vilnius 2010; Dalia Bukelevičiūtė: *Lietuvos ir Čekoslovakijos dvišalių santykių dinamika 1918–1939 metais. Monografija [Die Dynamik der bilateralen Beziehungen Litauens und der Tschechoslowakei in den Jahren 1918–1939. Monografie]*, Vilnius 2010; Luboš Švec, Vaidas Šeferis u.a. (Hrsg.): *Češi, Litevci a středoevropský vektor jejich moderní historie / Čekai, lietuviai ir Vidurio Europos vektorius jų moderniojoje istorijoje [Tschechen, Litauer und der mitteleuropäische Vektor der modernen Geschichte]*, Prag 2012.

11 Vgl. Michail I. Mel'tjučov: *Upuščennyj šans Stalina. Sovetskij Sojuz i bor'ba za Evropu 1939–1941 (dokumenty, fakty, suždenija) [Stalins verpasste Chance. Die Sowjetunion und der Kampf um Europa 1939–1941 (Dokumente, Fakten, Überlegungen)]*, Moskau 2000, S. 52-54; Natal'ja S. Lebedeva, Mariuš Volos [Mariusz Wołos] u.a. (Hrsg.): *Mjunchenskoe soglašenje 1938 goda: Istoriija i sovremennost'. Materialy meždunarodnoj konferencii, Moskva, 15–16 oktjabrja 2008 g. [Das Münchener Abkommen 1938: Geschichte und Gegenwart. Materialien einer internationalen Konferenz, Moskau, 15.–16. Oktober 2008]*, Moskau 2009; Aleksandr O. Čubar'jan: *Kanun tragedii. Stalin i meždunarodnyj krizis: sentjabr' 1939 – ijun' 1941 goda [Am Vorabend der Tragödie. Stalin und die internationale Krise: September 1939 – Juni 1941]*, Moskau 2008, S. 26, 35; Sergej Z. Sluč (Hrsg.): *SSSR, Vostočnaja Evropa i Vtoraja mirovaja vojna, 1939–1941. Diskussii, komentarii, razmyšlenija [Die UdSSR, Osteuropa und der Zweite Weltkrieg, 1939–1941]*, Moskau 2007.

12 Benutzt wurden Dokumente aus den folgenden Archiven: Eesti Riigiarhiiv (Tallinn) [Estnisches Staatsarchiv, im Folgenden: ERA], Latvijas Valsts Vēstures Arhīvs (Rīga) [Staatliches Historisches Archiv Lettlands, im Folgenden: LVVA], Lietuvos centrinis valstybės archyvas (Vilnius)

Kontext der internationalen Beziehungen. Es mag auf den ersten Blick überraschen, dass Estland, Lettland und Litauen, die keine unmittelbaren Nachbarn der Tschechoslowakei waren, trotzdem zu Faktoren in der Geschichte der tschechoslowakischen Krise und des Münchener Abkommens wurden. Im Hinblick darauf sind jedoch wichtige Fragen offen geblieben: Wie verhielten sich die baltischen Staaten zu den Sanktionsverpflichtungen, die ihnen die Völkerbundsatzung im Fall einer Aggression auferlegte, zur tschechoslowakischen Krise und zum Münchener Abkommen? Welchen Einfluss übten Deutschland, Polen und die Sowjetunion vor dem Abschluss des Münchener Abkommens auf die Politik der baltischen Staaten aus? Und wie hat schließlich das Münchener Abkommen die Beziehungen der baltischen Staaten zu Deutschland, zur Sowjetunion und zu den westlichen Demokratien beeinflusst?

Die 8. Konferenz der Außenminister der baltischen Entente

Vom 10. bis 12. Juni 1938 tagte in Riga die 8. Konferenz der Außenminister der 1934 ins Leben gerufenen baltischen Entente. Alle drei Außenminister wiesen in ihren Eröffnungsreden auf die Instabilität der internationalen Lage hin und erklärten, dass die baltische Entente bereit sei, zur Sicherung des Weltfriedens beizutragen. Der estnische Außenminister Karl Selter trug in diesem Zusammenhang ein Anliegen der estnischen Regierung vor, dem zufolge die baltischen Staaten in Anlehnung an die Deklarationen der skandinavischen Länder eine Erklärung hinsichtlich der Anwendung des Art. 16 der Satzung des Völkerbunds abgeben sollten.¹³

Was war der Hintergrund dieses Vorschlags? Bekanntlich sollte der Völkerbund den *Status quo* erhalten, der sich nach dem Ersten Weltkrieg herausgebildet hatte. Die we-

[Litauisches Hauptstaatsarchiv, im Folgenden: LCVA], Suomen Ulkoasiainministeriön Arkisto und Suomen Kansallisarkisto (Helsinki) [Archiv des Finnischen Außenministeriums, im Folgenden: UM], Kungliga Krigsarkivet (Stockholm) [Königliches Kriegsarchiv, im Folgenden: KKA], Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (Berlin) (im Folgenden: PA AA), Archiwum Akt Nowych (Warschau) [Archiv neuer Akten, im Folgenden: AAN], Archiv Ministerstva zahraničníc vecí České republiky (Prag) [Archiv des Außenministeriums der Tschechischen Republik, im Folgenden: MZV], US National Archives II (Washington, DC) (im Folgenden: NA II), Library of Congress (Washington, DC) (im Folgenden: LC), United Kingdom National Archives (London) (im Folgenden: UKNA), Archiv vnešnej politiki Rossijskoj Federacii, Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii und Rossijskij gosudarstvennyj archiv (Moskau) [Archiv der Außenpolitik der Russländischen Föderation, im Folgenden: AVP RF].

13 Die VIII Konferenz der Außenminister der Baltischen Union in Riga 10.–12.6.1938, in: ERA 957-14-597, Bl. 77 f.; Protokoll der Sitzung des Staatsrates (*Riiginõukogu*) und des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten der Staatsversammlung (*Riigivolikogu*), 20.9.1939, in: Sveriges Riksarkivet / Baltiska arkivet [Schwedisches Staatsarchiv, Baltisches Archiv, Stockholm]; siehe auch den Bericht des finnischen Gesandten in Riga, Eduard H. Palin, 25.7.1938, in: UM 5C/16. Der lettische Historiker Aivars Stranga betont, dass der Art. 16 insbesondere für Lettland und Litauen aktuell war, da unter Berücksichtigung der geografischen Lage Estlands, der Transport der sowjetischen Truppen durch Estland unwahrscheinlich gewesen wäre. Aivars Stranga: Latvia and the Baltic Policies of the USSR, Poland and Germany in late 1930s, in: *Latvijas Zinātņu Akadēmijas Vēstis* (1993), Nr. 11, S. 9-15, hier S. 14; vgl. auch Lilita Zemīte: Latvia in the League of Nations, Riga 2002, S. 115.

sentlichen Artikel der Völkerbundsatzung betrafen die Unverletzlichkeit des Territoriums und der Unabhängigkeit der Mitgliedstaaten (Art. 10), die Notwendigkeit, Maßnahmen zur Friedenssicherung zu ergreifen, sollte sich ein Mitglied einem Krieg oder einer Kriegsgefahr ausgesetzt sehen (Art. 11), und schließlich die Frage der Sanktionen gegen einen Mitgliedsstaat, der die Satzung verletzt bzw. gegen ein anderes Mitglied einen Krieg beginnt (Art. 16). Demnach mussten die Völkerbundstaaten die Wirtschaftsbeziehungen mit dem der Aggression schuldigen Land einstellen und den Umgang ihrer Bürger mit diesem Staat verhindern. Der Völkerbundrat hatte das Recht, Empfehlungen auszusprechen, welche Staaten sich militärisch am Völkerbundeinsatz beteiligen sollten, um den *Status quo ante* wiederherzustellen. Dafür mussten die Mitglieder den Durchmarsch der hierfür eingesetzten Militärverbände über ihr eigenes Gebiet gewährleisten.¹⁴ Diese Bestimmungen sollten die kollektive Sicherheit garantieren, wobei die von der Satzung vorgesehene Sicherheitsarchitektur die Solidarität der Mitglieder voraussetzte. Praktisch jedoch blieb dies unerreicht, da bereits gleich nach der Gründung des Völkerbundes die Prinzipien seiner Satzung missachtet wurden. Die Wirksamkeit der Wirtschaftssanktionen wurde ohnehin dadurch verringert, dass die USA dem Völkerbund fernblieben. Die Machtübernahme der Nationalsozialisten führte dann zu einer ernsten Krise des Prinzips der kollektiven Sicherheit bzw. des Systems von Versailles. Der Völkerbund war weder in der Lage, das Scheitern der Abrüstungsverhandlungen und die japanische Aggression gegen China zu verhindern, noch die italienische Eroberung Abessinians abzuwenden, oder etwas gegen die Remilitarisierung des Rheinlandes und die Berliner Revision des Friedensvertrags zu tun.

In Skandinavien hatte sich vor allem Schweden um die Annullierung des Art. 16 bemüht. Der schwedische Außenminister Rickard Sandler verlangte im Namen der skandinavischen Länder im März 1937, dass die Anwendung des Artikels von den Mitgliedsstaaten im konkreten Fall nicht ohne deren Einverständnis gefordert werden dürfe.¹⁵ Für diesen Standpunkt bemühte sich Sandler auch um die Unterstützung der baltischen Staaten. Während einer Visite in deren Hauptstädten im Juni 1937 erklärte er, dass Sanktionen gegen einen aggressiven Staat einen Angriff provozieren könnten.¹⁶ Aus schwedischer Sicht waren die möglichen Konsequenzen von Art. 16 für die eigene Sicherheit in Anbetracht des deutschen Bedürfnisses nach schwedischem Eisenerz extrem schwerwiegend. Auf einer Tagung der skandinavischen Außenminister, die vom 4. bis 6. April 1938 in Oslo stattfand, wurde eine Deklaration verabschiedet, in der die Rückkehr zur Neutralitätspolitik und die Freiwilligkeit der Umsetzung der vom Völkerbund verhängten Sanktionen betont wurden. Am 13. Mai verabschiedeten die Parlamente Schwedens, Norwegens, Islands, Dänemarks und Finnlands neue Neutralitätsbeschlüsse, und am 27. Mai wurde die so genannte Stockhol-

14 Covenant of the League of Nations. Including Amendments in Force August 8th, 1934. League of Nations (1934), S. 6 f, 11.

15 Max Jakobson: Diplomaattien talvisota. Suomi maailmanpolitiikassa 1938–1940 [Die Diplomatie des Winterkriegs. Finnland in der Weltpolitik 1938–1940], Porvoo u.a. 1968, S. 53.

16 Siehe Sandler's Memorandum, 30.6.1937, in: UD HP20b; Memorandum des estnischen Außenministers Friedrich Akel, 22.6.1937, in: ERA 957-14-445, Bl. 2; Tagebuch des bevollmächtigten Vertreters der UdSSR in Litauen, Boris G. Podol'skij, 17.7.1937, in: AVP RF 05-17-73-33, Bl. 157-159; Wilhelm M. Carlgren: Rootsi ja Baltikum. Maailmasõdade vahelisest ajast sõjajärgsete aastateni. Ülevaade [Schweden und das Baltikum. Von der Zwischenkriegszeit bis zu den Nachkriegsjahren. Ein Überblick], Tallinn 1995, S. 28; Zemīte, Latvia (wie Anm. 13), S. 108.

mer Deklaration veröffentlicht, der zufolge sich die genannten Länder verpflichteten, ihre Neutralitätspolitik nicht ohne Konsultation der anderen Staaten zu verändern. Auf der Konferenz der Außenminister der „Osloer Gruppe“¹⁷, die am 23. und 24. Juli in Kopenhagen tagte, wurde dem Völkerbund vorgeschlagen, im eigenen Interesse den Mitgliedsländern das Recht zu geben, über die Anwendung der Sanktionen selbst zu entscheiden.¹⁸

Auf der baltischen Konferenz im Juni 1938 reagierte der litauische Außenminister Stasys Lozoraitis auf den estnischen Wunsch bezüglich des Art. 16 zurückhaltend: Letzterer sei nicht eindeutig begründet, weshalb keine Stellungnahme abgegeben werden sollte – eine solche könne überdies als Unterstützung Deutschlands ausgelegt werden. Laut Lozoraitis käme der Verzicht auf Sanktionen nur dann infrage, wenn diese durch internationale Garantien ersetzt würden.¹⁹ Im Januar 1938 hatte er die litauischen Diplomaten im Ausland instruiert, Litauen dürfe keine Erklärungen gegen das Prinzip der kollektiven Sicherheit und den Art. 16 abgeben.²⁰ Auch der lettische Außenminister Vilhelms Munters nahm in dieser Frage eine ambivalente Haltung ein. Noch während seines Besuchs in Moskau im Sommer 1937 hatte er verkündet, dass Lettland die Verpflichtungen der Völkerbundmitgliedschaft einhalten werde, ohne jede Heuchelei den Beitritt der Sowjetunion begrüße und eine loyale Zusammenarbeit im Völkerbund als Grundlage für die lettische Außenpolitik ansehe.²¹ Der finnische Gesandte in Riga, Eduard H. Palin, berichtete seiner Regierung, die lettische Regierung sei Munters' zufolge grundsätzlich bereit, Selters' Vorschlag zu erwägen.²² Auf der Konferenz wurde jedoch beschlossen, diese Frage einstweilen zur Kenntnis zu nehmen und ihre Diskussion über diplomatische Kanäle zu führen. In einem Kommuniké, das zum Abschluss der Konferenz herausgegeben wurde, war allerdings von den Idealen des Völkerbundes nicht mehr die Rede.

Auch Jaroslav Šejnoha, der tschechoslowakische Geschäftsträger in Tallinn, analysierte mehrfach die estnische Einstellung zum Völkerbund. Bereits im Februar 1938 hatte er festgestellt, dass manche Stimmen die Umgestaltung des Völkerbundes forderten und estnische Politiker ihr Land hinsichtlich der Frage der Sanktionen in die Richtung der Oslo-Gruppe

17 Am 22.12.1930 wurde in Oslo die so genannte Osloer Konvention verabschiedet. Die Signatarstaaten Belgien, Dänemark, Luxemburg, Holland, Norwegen und Schweden erklärten hierin die Notwendigkeit zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Finnland schloss sich der Konvention 1933 an. Mit der Haager Vereinbarung vom 28.5.1937 vertiefte sich die Zusammenarbeit. Holland, Belgien und Luxemburg verpflichteten sich nun, den Partnern gegen entsprechende Gegenleistungen Einfuhrvergünstigungen zu gewähren. War die Zusammenarbeit zunächst vor allem wirtschaftlich, dominierten später politische Aspekte. Die Vertreter der Oslo Gruppe trafen sich zu regelmäßigen Konferenzen, um die außenpolitische und wirtschaftliche Kooperation weiterzuentwickeln. Ger van Roon: *The Neutralism of the Oslo States*, in: Jukka Nevakivi (Hrsg.): *Neutrality in History. Proceedings of the Conference on the History of Neutrality organized in Helsinki 9.–12. September 1992*, Helsinki 1993, S. 159-170, hier S. 160.

18 Politiken vom 25.7.1938.

19 Jindřich Dejmek: *Československo a Litva v labyrintech mezinárodních vztahů třicátých let* [Die Tschechoslowakei und Litauen in den Labyrinthen der internationalen Beziehungen der dreißiger Jahre], in: Švec, Šeferis (Hrsg.), *Češi, Litevci a středoevropský vektor* (wie Anm. 10), S. 105-126, hier S. 122.

20 Česlovas Laurinavičius: *1938 metų Sudetų krizė ir Lietuva* [Die Sudetenkrise im Jahr 1938 und Litauen], in: ebenda, S. 149-193, hier S. 163.

21 Pravda, vom 16.6.1937.

22 Palin aus Riga, 25.7.1938, in: UM 5/C16.

steuerten. Nach Analyse der Äußerungen estnischer Diplomaten und Journalisten sagte er voraus, dass alle drei baltischen Staaten auf der Vollversammlung des Völkerbundes im September 1938 dem Vorbild der Oslo-Staaten folgen würden.²³ Auch im französischen Außenministerium sah man die von den Esten angeregte Stellungnahme zur Frage des Art. 16 kritisch. Ende Juli 1938 kam man auf einer Sitzung im Quai d'Orsay überein, dass der estnische Standpunkt den anderen Staaten als schlechtes Beispiel dienen und Polen ihn im Hinblick auf die Tschechoslowakei ausnutzen könne. Das System militärischer Sanktionen sei ohne den Art. 16 überhaupt nicht denkbar; daher wäre eine estnische Erklärung „schockierend“ (*choquante*), zumal sie zu gewissen Divergenzen in der baltischen Entente führen würde.²⁴

Die außenpolitischen Aktivitäten Polens

Eines der vorrangigen Ziele der polnischen Außenpolitik in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre war es, einerseits Moskau von der Lösung europäischer Fragen auszuschließen, andererseits kam es Warschau darauf an, Deutschland in seine Schranken zu weisen. In den Jahren 1936/37, insbesondere aber nach dem „Anschluss“ Österreichs 1938, war die polnische Diplomatie der Ansicht, dass es an der Zeit sei, das Projekt *Międzymorze* (*Intermarium*, „Zwischen den Meeren“, Drittes Europa) zu verwirklichen. Die polnischen Diplomaten sollten diesen Plan propagieren. *Międzymorze* war ursprünglich eine Idee von Józef Piłsudski gewesen, deren Entstehung bis unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg zurückreicht. Sie zielte auf eine mittel- und osteuropäische Föderation unter der Leitung Polens ab, die auch die baltischen Staaten umfassen sollte.²⁵ Nach dem polnischen Historiker Marek Kornat sah der polnische Außenminister Józef Beck das Projekt jedoch eher als Intention, nicht aber als einen klar umrissenen politischen Plan an. Beck schwebte ein Block der mittel- und osteuropäischen Staaten unter polnischer Leitung vor, der von der Ostsee bis zur Adria reichen sollte. Dieser Block sollte eine selbstständige Außenpolitik betreiben, unabhängig von der Sowjetunion und von Deutschland, sollte aber auch kein Satellit der Demokratien, unter maßgeblicher Beteiligung Polens, Rumäniens und Ungarns, sein.²⁶ Beck glaubte, die

23 Šejnoha aus Tallinn, 28.2.1938, in: MZV, Trezorové spisy II/1 Tallin 1938 PZ č 1-26/PPZ č I-IV.

24 So der Mitarbeiter der litauischen Gesandtschaft in Paris, Ladas Natkevičius, 30.7.1938, in: LCVA 648-1-29, Bl. 152 f.

25 Vgl. Piotr Okulewicz: *Koncepcja „międzymorza“ w myśli i praktyce politycznej obozu Józefa Piłsudskiego w latach 1918–1926* [Die Konzeption des „Międzymorze“ in den Gedanken und der politischen Praxis des Lagers Józef Piłsudski in den Jahren 1918–1926], Poznań 2001; Waldemar Rezmer: *Małe państwa bałtyckie 1918–1940. Próby sojuszy wojskowych* [Die kleinen baltischen Staaten 1918–1940. Versuche Militärbündnisse], in: Mariusz Wołos, Jarosław Kłaczek u.a. (Hrsg.): *Nad Bałtykiem. W kręgu polityki, gospodarki, problemów narodowościowych i społecznych w XIX i XX wieku. Księga jubileuszowa* [An der Ostsee. Politik, Wirtschaft sowie Nationalitäten- und Gesellschaftsfragen im 19. und 20. Jahrhundert. Jubiläumsband], Toruń 2005, S. 931-935.

26 Marek Kornat: *Pol'skaja koncepcija „Międzymorze“ v 1937-1938 gg.: političeskij mif i istoričeskaja real'nost'* [Die polnische Konzeption „Międzymorze“ 1937–1938: politischer Mythos und historische Realität], in: Lebedeva, Volos u.a. (Hrsg.): *Mjunchenskoe soglašenje 1938 goda* (wie Anm. 11), S. 59-83, hier S. 61.

Gegensätze zwischen den letztgenannten Staaten überbrücken zu können und wollte neben den baltischen Staaten auch Griechenland und Jugoslawien mit einbeziehen. Er ging davon aus, dass wenn Polen zwischen Deutschland und der Sowjetunion laviere und auf Rumänien, die baltischen Staaten und Finnland Einfluss ausübe, weder Deutschland noch die Sowjetunion einen Krieg gegen diesen neutralen Block beginnen würden.²⁷ In Polen galt *Międzymorze* als Garant der eigenen Sicherheit, wodurch dem Land der Status einer Großmacht, der „dritten Macht“ in Europa zugesprochen wurde.²⁸ In der polnischen Außenpolitik wurden die Tschechoslowakei und darüber hinaus auch Litauen als Hindernisse bei der Realisierung dieser Großmachtidee gewertet.

Es stellt sich die Frage, ob der *Międzymorze*-Plan der politischen Realität in Osteuropa in der Zwischenkriegszeit Rechnung trug und seine Verwirklichung überhaupt denkbar war. Außerdem ist es von Interesse, wie die baltischen Staaten ihn in ihrer Außenpolitik beurteilten.

Der lettische Außenminister scheint das Projekt *Międzymorze* im Großen und Ganzen gutgeheißen zu haben. Im Mai 1937, als sich Munters im Zusammenhang mit den Krönungsfeierlichkeiten in England aufhielt, stellte er im Foreign Office (FO) sogar ein „eigenes“, d.h. ein lettisches *Intermarium* vor. Mithilfe eines Gürtels neutraler Staaten wolle Riga die Lage in Osteuropa stabilisieren, um so auch die Möglichkeit eines Konflikts zwischen Deutschland und der Sowjetunion zu reduzieren. Zu diesem Gürtel sollten diejenigen Staaten gehören, die in einen Konflikt dieser beiden Mächte hinein geraten drohten – die baltischen Staaten, Finnland, Polen – gegebenenfalls sollte ein Block von Rumänien bis Schweden aufgebaut werden. Munters' Vorstellung war durchaus ehrgeizig: Entweder sollten Litauen oder sogar alle drei baltischen Staaten Nichtangriffspakte mit Berlin abschließen. Das Gespräch im FO endete mit dem Aufruf, London möge zur Bildung eines neutralen Blocks in Osteuropa beitragen, da von dessen Gründung der Frieden in Europa abhängt.²⁹ Munters gelang es, auf einer feierlichen Zusammenkunft das lettische *Intermarium* auch Finanzminister Neville Chamberlain vorzustellen. Dieser jedoch habe erwidert, dass die Regierung Seiner Majestät keine besonderen Verpflichtungen in Osteuropa eingehen könne. Auf Munters' Vorstellung von der Aufrechterhaltung des Friedens in Osteuropa erwiderte der Leiter der Abteilung für nordische und baltische Länder im FO, Lawrence Collier, mit einer prägnanten Bemerkung: „I fear this is an unusually lengthy record“.³⁰

27 Siehe eine zusammenfassende Übersicht des estnischen Militärattachés in Warschau und Bukarest über die Errungenschaften des Aufbaus der polnischen Landesverteidigung im Jahre 1936: Herbert Raidna aus Warschau, 12.12.1936, in: ERA 495-12-190, Bl. 2 f.; US-Militärattaché Lowell M. Riley aus Prag, 22.8.1938, in: NA II RG-165 M-1508, R-4.

28 Vgl. Stanislav V. Morozov: *Pol'sko-čechoslovackie otnošenija 1933–1939. Čto skryvalos' za političeskimi „ravnoudalennosti“ ministra Ju. Beka* [Polnisch-tschechoslowakische Beziehungen 1933–1939. Was verbarg sich hinter der Politik der „Äquidistanz“ des Ministers J. Beck], Moskau 2004, S. 307. In seinen Memoiren blieb Beck in Bezug auf diesen Plan recht zurückhaltend: „Mein Anliegen war es, eine Grundlage für die ideologische Einheit in diesen osteuropäischen Ländern zu schaffen, die keinen Anspruch auf die Rolle einer Großmacht erhoben und nicht gewillt waren, sich den Großmächten zu unterwerfen.“ Józef Beck: *Final Report*, New York, NY 1957, S. 118.

29 Colliers Memorandum, 11.5.1937, in: UKNA FO 371/21057, N2548/124/59.

30 Ebenda.

Der Oberbefehlshaber der estnischen Streitkräfte Johan Laidoner äußerte andernorts Vergleichbares. Zumindest erklärte er auf einem Treffen mit in Tallinn akkreditierten Diplomaten im März 1938, dass die Beseitigung der polnisch-litauischen Streitfrage – Kaunas hatte auf ultimativen polnischen Druck hin diplomatische Beziehungen mit Warschau aufnehmen müssen – einen *cordon sanitaire* zwischen Deutschland und der Sowjetunion habe sichtbar werden lassen, in dem insgesamt 65 Mio. Menschen wohnten (Esten, Letten, Litauer, Polen, Rumänen etc.). Nach einem Bericht der britischen Gesandtschaft habe Laidoner in einem derartigen Block die Gewähr gesehen, den Frieden zu schützen.³¹ Es ist eine andere Frage, wie seriös die Ausführungen des Oberbefehlshabers vor dem Hintergrund der weitreichenden Ambitionen Warschaus und der estnischen Außenpolitik waren, die sich ab 1935/36 an Deutschland orientierte. Glaubte Laidoner selbst an diese Vision? Im Mai 1938 versicherte Außenminister Selter dem deutschen Gesandten Hans Frowhein, es sei für Estland gefährlich, sich Polen zu stark anzunähern. Estland wolle aber die guten Beziehungen zu Warschau aufrechterhalten.³² Im estnischen Außenministerium hielt man den *Międzymorze*-Plan für „eine Idee ohne großen Wert“, d.h. für unrealistisch, zumal sich nicht nur die Sowjetunion, sondern auch Deutschland von einer Achse Tallinn-Bukarest bedroht fühlen könnte. Estland laufe daher Gefahr, in Anbetracht der polnisch-französischen und polnisch-rumänischen Verträge in den Konflikt in Mitteleuropa mit hineingezogen zu werden. „Es ist ein großer Irrtum, wenn in Europa angenommen wird, dass die baltischen Staaten zusammen am Leben bleiben oder auf einmal zerstört werden“, erklärte der Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums, Nikolai Kaasik, dem tschechoslowakischen Vertreter Šejnoha.³³ Diese Aussage beruhte auf der Annahme, dass sich die geografische Lage Estlands von derjenigen Lettlands und Litauens unterscheide. Man ging davon aus, dass Lettland und Litauen gleich zu Beginn der militärischen Auseinandersetzung Kriegsschauplatz werden würden. Der estnische Gesandte in Berlin, Karl Tofer, beurteilte Ende 1938 die Situation folgendermaßen: Polen sei aufgrund seiner wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse nicht in der Lage, groß angelegte außenpolitische und strategische Pläne zu verwirklichen.³⁴

Nach der erzwungenen Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen mit Polen war Litauen im Frühjahr und Sommer 1938 bestrebt, sich wieder von dem ungeliebten Nachbarn zu distanzieren, schließlich stand die Vilnius-Frage nach wie vor auf der Tagesordnung. Die Spannungen zwischen den beiden Ländern – auch wegen der Behandlung der jeweiligen Minderheiten – konnten nicht überwunden werden. All dies beeinflusste auch die in der litauischen und polnischen Presse vertretenen Positionen.³⁵ Kaunas befürchtete, das polnische Ultimatum könne einen Eroberungsversuch nach sich ziehen; Polen könne zudem den

31 Memorandum des Mitarbeiters der britischen Gesandtschaft in Tallinn, Leslie, 29.3.1938, in: UKNA FO 371/22218, N1660/1/59.

32 Frowhein aus Tallinn, 24.5.1938, in: NA II RG-242 T-120 R-914; 385423.

33 Šejnoha aus Tallinn, 27.2.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Tallin 1938 PZ č 1-26/PPZ č I-IV.

34 Tofers Bericht, 2.12.1938, in: ERA 957-14-573, Bl. 223.

35 Siehe den Brief des britischen Geschäftsträgers in Kaunas, Thomas Preston, an den britischen Gesandten Charles W. Orde in Riga, 14.6.1938, in: UKNA FO 371/22218, N3192/1/59; Bericht des Mitarbeiters der britischen Botschaft in Warschau, Clifford Norton, 10.8.1938, in: UKNA FO 371/22218, N4019/1/59; Bericht des britischen Botschafters in Warschau, Howard Kennard, 7.9.1938, in: UKNA FO 371/22218, N4491/59.

„Korridor“ an Deutschland abtreten und dafür als Gegenleistung einen alternativen Zugang zum Meer durch Litauen in Liepāja (Libau) erhalten.³⁶

So gelang es der polnischen Außenpolitik nicht, den Traum von *Międzymorze* zu verwirklichen. Kornat bezeichnet ihn als Suche nach ergänzenden Sicherheitsgarantien in einer Situation, in der das politische System, das nach dem Ersten Weltkrieg vom Völkerbund und von Frankreich aufgebaut worden war, nicht mehr existierte.³⁷ Zugleich spielte aber selbst das FO Becks Ambitionen im Sommer 1938 einmal durch: Demzufolge könnte Polen „aufgrund seiner geografischen Lage einer der wichtigsten Eckpfeiler, wenn nicht der wichtigste Eckpfeiler sein in einem Block neutraler Pufferstaaten, der zwischen Deutschland und der Sowjetunion liegt, aus Polen und den baltischen Staaten besteht und gegebenenfalls mit den skandinavischen Ländern assoziiert ist“.³⁸

Warschau war 1938 klar, dass die Sowjetunion der Tschechoslowakei sowohl mit Durchquerung des polnischen Gebietes als auch der baltischen Staaten wirksame Hilfe leisten könnte. Andererseits wollte Polen selbst an einer möglichen Aufteilung der Tschechoslowakei beteiligt sein. Sollte die Rote Armee durch polnisches Gebiet vorrücken, war Polen zu Widerstand bereit. Daher war Polen im Sommer 1938 auch sehr daran interessiert, dass die baltischen Staaten die Sanktionen des Völkerbundes für unverbindlich erklärten.³⁹ Warschau wollte angesichts der tschechoslowakischen Krise seine Stellung im Baltikum festigen und die Politik Estlands und Lettlands beeinflussen, eine Haltung zu den Sanktionen einzunehmen.⁴⁰

Am 13. Juni traf Beck in Begleitung Tadeusz Kobylańskis, des Leiters der Ostabteilung des polnischen Außenministeriums, in Tallinn ein. Während der Visite wurden protokollarische Reden voller gegenseitigen Lobeshymnen und Schmeicheleien gehalten.⁴¹ Beck propagierte die Neutralität und bestand darauf, Art. 16 für unverbindlich zu erklären (einen möglichen Durchmarsch der Roten Armee durch Polen nicht zuzulassen). Schon vor der Visite hatte der estnische Gesandte in Warschau, Hans-Johan-Ernst Markus, auf Becks Auffassung hingewiesen, wonach „Europa vor allem durch feindliche Ideologien zweier Kolosse – Deutschland und Russland – bedroht [werde; M. I.], weswegen die Staaten, die sich zwischen diesen beiden Kolossen befinden, strikte Neutralität einhalten sollen“.⁴² In der Öffentlichkeit begnügten sich beide Seiten mit allgemeinen Äußerungen über ihre ge-

36 Memorandum des britischen Militärattachés in allen drei baltischen Staaten, C.S. Vale, 29.3.1938, in: UKNA FO 371/22218, N1660/1/59.

37 Kornat, *Pol'skaja koncepcija* (wie Anm. 26), S. 79.

38 Ebenda, S. 77.

39 Vgl. Anna Cienciala: *Poland and the Western Powers 1938–1939. A Study in the Interdependence of Eastern and Western Europe*, Toronto 1968, S. 79 f. Der polnische Gesandte in Paris Łukasiewicz sagte im Gespräch mit dem französischen Außenminister, Polen werde im Falle eines Versuchs des Durchmarsches Widerstand gegen die Rote Armee leisten; dies werde Krieg zwischen Polen und der Sowjetunion bedeuten. Bohdan B. Budurowycz: *Polish-Soviet Relations 1932–1939*, New York, NY u.a. 1963, S. 115.

40 Berichte des lettischen Gesandten in Warschau, Miķelis Valters, 11.6., 15.6., 17.6.1938, in: LVVA 2575-15-96, Bl. 101 f., Bl. 89-91.

41 Bericht des Mitarbeiters der finnischen Gesandtschaft in Tallinn, Koistinen, 16.6.1938, in: KA Hynninen, 2.

42 Bericht des estnischen Gesandten in Warschau, Johannes Markus, 3.6.1938, in: ERA 957-14-572, Bl. 158r.

meinsamen Interessen.⁴³ In einem Interview vor seiner Abreise erklärte Beck estnischen Journalisten, das gegenseitige Vertrauen zwischen Estland und Polen sei wichtiger als irgendwelche Urkunden. Unter Bezugnahme auf Spekulationen in der ausländischen Presse verkündete er jedoch, dass man in der estnisch-polnischen Zusammenarbeit auf die Doktrin der Blöcke verzichten müsse.⁴⁴

In Zusammenhang mit Becks Besuch berichtete der tschechoslowakische Vertreter Šejnoha, in Tallinn sei noch nie so viel vom Durchmarsch der sowjetischen Truppen geredet worden; beide Seiten hätten sich über Verhaltensregeln bei einem eventuellen Durchmarsch der Roten Armee geeinigt. Šejnoha erwähnte auch die Ansicht des stellvertretenden Außenministers Oskar Ōpik: Ein Durchmarsch der Roten Armee würde nicht nur zum Verlust der Unabhängigkeit, sondern auch zur Vernichtung der Bevölkerung führen. Die estnische und polnische Außenpolitik beurteilte der tschechoslowakische Gesandte kritisch: Tallinn erkenne keine deutsche Bedrohung. Wer eine solche sähe, den hätten die Behauptungen Frohweins beschwichtigt, Deutschland gewährleiste den Frieden. Die Neutralität Estlands scheine bisher recht einseitig gelagert zu sein. Šejnoha schloss, dass der polnische Vertreter in Tallinn letztlich bewusst oder unbewusst für deutsche Interessen einstehe.⁴⁵

Als Beck im Juli Riga besuchte, legte er zuvor eine kaum 30-minütige Zwischenlandung in Kaunas ein. Laut „Lietuvos Aidas“ traf er sich dort mit dem Leiter der politischen Abteilung des Außenministeriums, Juozas Urbšys, und den in Litauen akkreditierten polnischen Diplomaten. Beispiellos sei dabei der Umstand gewesen, dass ein Vertreter der polnischen Regierung auf litauischem Territorium von einem Vertreter der litauischen Regierung empfangen wurde. Offiziell hieß es, beim Frühstück auf dem Flugplatz seien nur diplomatische Komplimente ausgetauscht worden.⁴⁶ In Riga traf sich Beck auch mit dem lettischen Präsidenten Kārlis Ulmanis. Die Frage der polnischen Minderheit in Lettland, welche die gegenseitigen Beziehungen bisher belastet hatte, wurde mindestens für diesen Moment von der Tagesordnung gestrichen. Ein Mitarbeiter der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Riga führte allerdings aus, dass die lettische Öffentlichkeit ungeachtet der Visite ihre misstrauische und reservierte Haltung gegenüber Polen beibehalte.⁴⁷

Gegenüber lettischen Journalisten erklärte Beck jedoch in Riga, dass auch über die Sanktionen des Völkerbundes diskutiert worden sei, deren automatische Verhängung Polen ablehne.⁴⁸ In einem späteren Interview in Oslo meinte der polnische Außenminister dann, es gebe hinsichtlich des Völkerbundes zwei Herangehensweisen: Die eine, befürwortende, sei jedoch von Müdigkeit und Gleichgültigkeit gekennzeichnet, während die zweite, ablehnende, den Kampf gegen diese Gleichgültigkeit involviere.⁴⁹ Während seines Besuches in

43 Vgl. z.B. *Gazeta Polska* vom 11.6.1938.

44 Šejnoha aus Tallinn, 16.9.1938, in: *Dokumenty československé zahraniční politiky. Československá zahraniční politika v roce 1938. Svazek I (1. leden – 30 června 1938)* [Dokumente der tschechoslowakischen Außenpolitik. Die Außenpolitik der Tschechoslowakei im Jahre 1938. Bd. I (1. Januar – 30. Juni 1938)], Praha 2000, S. 537-539.

45 Ebenda.

46 *Lietuvos Aidas* vom 14.7.1938; *Lietuvos Žinios* vom 14.7.1938; siehe auch Preston, 13.7.1938, in: UKNA FO 371/22218, N37671/1/59.

47 Bericht des Mitarbeiters der tschechoslowakischen Gesandtschaft in Riga, Haussmann, 22.11.1938, in: *MZV Riga 1938 PZ č.1-14*.

48 *Jaunākās Ziņas* vom 15.7.1938.

49 *Jaunākās Ziņas* vom 6.8.1938.

Riga war in den lettischen und litauischen Zeitungen ausschließlich von der Notwendigkeit die Rede, gute Beziehungen zu Polen aufrecht zu erhalten.⁵⁰ Doch war dies nicht so einfach. Munters' Ansichten jedenfalls änderten sich nach seiner Unterhaltung mit Beck unerwartet. Es schien, als hätte der lettische Außenminister seine „Gleichgültigkeit“ überwunden. Während des Dinners zu Ehren des polnischen Gastes betonte er, dass keine äußere Kraft der aufrichtigen Freundschaft zwischen Lettland und Polen schaden könne. Zugleich müsse Lettland vermeiden, in einen Konflikt verwickelt zu werden, um seine lebenswichtigen Interessen zu bewahren.⁵¹ Als sich Munters Anfang August Fragen des sowjetischen Gesandten Ivan Zotov stellte, gab er zu verstehen, er stimme mit Beck darin überein, dass die Anwendung des Art. 16 nicht verbindlich sein könne: „Man darf ein Land nicht dazu zwingen an etwas mitzuwirken, was es möglicherweise gar nicht will.“⁵²

Am 27. Juni 1938 traf der Chef des polnischen Hauptstabes, Brigadegeneral Waclaw Stachiewicz, in Riga ein. Zwei Tage später war er in Tallinn, danach in Helsinki. In Zusammenhang mit seinem Estland-Besuch verbreiteten sich erneut Gerüchte über ein bevorstehendes polnisch-estnisches Militärabkommen.⁵³ Es steht außer Frage, dass beide Besuche der polnischen Vertreter in unmittelbarem Zusammenhang mit der politischen Situation Europas im Frühjahr und Sommer 1938 standen. Die Gespräche wurden fortgesetzt: Im August traf Brigadegeneral Władysław Bortnowski in Riga⁵⁴ und Tallinn ein, im September besuchte eine Delegation des polnischen Schutzverbandes die estnische Hauptstadt.⁵⁵

Dem polnischen Historiker Piotr Tadeusz Kołakowski zufolge ging der polnische Hauptstab zwar nicht davon aus, dass Moskau Prag tatsächlich Hilfe leisten würde, doch setzte er Präventivmaßnahmen um: Die Garnisonen Ostpolens und Wolhyniens wurden personell verstärkt sowie Fliegerstaffeln im südöstlichen Polen stationiert. Kołakowski interpretiert dies als Maßnahmen gegen eine befürchtete Luftbrücke zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei über polnisches Territorium. Mit Besorgnis wurden sowjetische Manöver in den grenznahen Bezirken beobachtet.⁵⁶ Am 21. September erließ der Hauptinspektor der Streitkräfte, Edward Rydz-Śmigły, den Befehl, zur Besetzung von Teschen eine separate militärische Einheit aufzustellen – die Operativgruppe „Śląsk“, zu deren Kommandeur Brigadegeneral Bortnowski Rydz-Śmigły unterstellt wurde. Bortnowski hatte bis zum 1. Oktober die Kampfbereitschaft der Einheit sicher zu stellen.⁵⁷ Angesichts dieser wichtigen Aufgabe, die Bortnowski übertragen worden war, dürfte es sich bei dessen Abstecher nach Tallinn und Riga um keinen reinen Höflichkeitsbesuch gehandelt haben. Allerdings konnten über seine Gespräche im August 1938 keine Aufzeichnungen gefunden werden. Mit diesem

50 Jaunākās Ziņas vom 13.7.1938; Lietuvos Aidas vom 14.7.1938.

51 Vgl. Stranga, Latvia (wie Anm. 13), S. 15.

52 Ivan Zotovs Tagebuch, 2.8.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 134.

53 Valters aus Warschau, 28.6.1938, in: LVVA 2575-15-96, Bl. 73; Bericht des Mitarbeiters der schwedischen Gesandtschaft in Tallinn, Erik v. Sydow, 28.6.1938, in: KKA UD HPIEe.

54 Vgl. Stranga, Latvia (wie Anm. 13), S. 14.

55 In der zweiten Hälfte des Jahres 1938 trafen u.a. ein Geschwader des polnischen Aeroklubs und polnische Kriegsschiffe in Tallinn ein. Vgl. Piotr Łossowski: Stosunki Polsko-Estońskie 1918–1939 [Polnisch-estnische Beziehungen 1918–1939], Warschau 2010, S. 165.

56 Piotr Kołakowski: Między Warszawą a Pragą. Polsko-Czechosłowackie stosunki wojskowo-polityczne 1918–1939 [Zwischen Warschau und Prag. Polnisch-tschechoslowakische militärpolitische Beziehungen 1918–1939], Warszawa 2009, S. 488.

57 Ebenda, S. 509.

Besuch, der ausgerechnet zu einem Zeitpunkt stattfand, als die tschechoslowakische Krise zu eskalieren drohte, wurde offenbar das Ziel verfolgt, die Einsatzbereitschaft der beiden Staaten zu ermitteln und sie zu veranlassen, sich dem Transit fremder Truppen zu widersetzen sowie wahrscheinlich auch die militärische Situation der sowjetischen Marine und der Roten Armee zu erkunden.

Ähnliche Absichten verfolgte auch der nördliche Nachbar Estlands: Unmittelbar nach Stachiewicz' Abreise aus Helsinki war am 5. Juli der Oberbefehlshaber der finnischen Streitkräfte, Generalleutnant Hugo Österman,⁵⁸ in Tallinn eingetroffen. Während der Öffentlichkeit berichtet wurde, Österman erwidere nur einen Besuch Laidoners aus dem Jahre 1936,⁵⁹ sollte er – folgt man dem finnischen Historiker Jari Leskinen – ermitteln, ob Estland im Falle eines eventuellen sowjetischen Angriffs als Verbündeter Finnlands in Frage käme.⁶⁰ Noch am selben Tag versicherte interessanterweise der estnische Generalstabchef Nikolai Reek dem deutschen Gesandten Frohwein, Estland sei fest entschlossen, im Falle eines sowjetischen Durchmarschversuchs, Krieg gegen Moskau zu führen. Estland hoffe jedoch, wenn es dazu käme, auf militärische Hilfsgüter aus Deutschland. Estland könne zur Unterstützung der deutschen Kriegsmarine problemlos den Finnischen Meerbusen verminen, um die sowjetische Flotte daran zu hindern, den Verkehr auf der Ostsee zu kontrollieren. Frohwein berichtete, er habe sich im Namen seines Landes über den festen estnischen Entschluss befriedigt gezeigt, den Durchmarsch der Roten Armee militärisch zu verhindern; dieser Haltung käme indes noch größeres Gewicht zu, wenn sich Finnland und Lettland ihr anschließen.⁶¹

Die Besuche von Stachiewicz und Beck führten in der internationalen Presse zu unterschiedlichen Spekulationen darüber, ob die polnische Außenpolitik den Verzicht auf die kollektive Sicherheit und den Abschluss eines Bündnisses zur Mäßigung der beiden ideologischen Feinde bzw. die Errichtung einer neutralen Zone anstrebe, in der Polen mit der

58 Im März 1938 hatte Österman mit einer Gruppe ehemaliger Jäger auf Einladung des Oberkommandos der Wehrmacht Deutschland besucht und an Festlichkeiten zu Ehren der Kriegsteilnahme des ehemaligen 27. Jägerbataillons in Greifswald teilgenommen. Der finnische General wurde am 28. März von Hitler höchstpersönlich empfangen. Auf einem feierlichen Mittagessen in der finnischen Botschaft in Berlin traf er mit Außenminister Joachim v. Ribbentrop zusammen; anwesend war zudem General Rüdiger v.d. Goltz. Siehe die Briefe des in Helsinki residierenden deutschen Militärattachés für Finnland, Estland und Lettland, Horst Rössing, an den Geschichtsprofessor der Universität Helsinki und ehemaligen Diplomaten Herman Gummerus 7.2., 17.3.1938, in: VA Herman Gummerus, Bl. 50; Greifswalder Zeitung vom 2.4.1938. Risto O. Peltovuori: Saksa ja Suomen talvisota [Deutschland und der finnische Winterkrieg], Helsinki 1975, S. 26, 28; ders.: Suomi saksalaisin silmin 1933–1939. Lehdistön ja diplomatian näkökulmia [Finnland mit deutschen Augen 1933–1939. Die Presse und diplomatische Perspektiven], Helsinki 2000, S. 166; Greifswalder Zeitung vom 31.3.1938.

59 Siehe Koistinen aus Tallinn, 14.7.1938, in: KA Hynninen, Bl. 2; Päevaleht vom 5.7.1938.

60 Österman habe daher sein Hauptaugenmerk auf das wirtschaftliche Potenzial Estlands gerichtet. Jari Leskinen: Vaiettu Suomen silta. Suomen ja Viron salainen sotilaallinen yhteistoiminta Neuvostoliiton varalta vuosina 1930–1939 [Die stumme Brücke Finnlands. Geheime militärische Kooperation gegen die Sowjetunion zwischen Finnland und Estland 1930–1939], Helsinki 1997, S. 97.

61 Frohwein aus Tallinn, 5.7.1938, in: Molotovi-Ribbentropi paktist baaside lepinguni. Dokumente ja materjale [Vom Molotow-Ribbentrop-Pakt bis zum Stützpunktevertrag. Dokumente und Materialien], Tallinn 1989, S. 57–59.

baltischen Entente und den skandinavischen Ländern kooperieren würde. Es wurde sogar von einer möglichen Konferenz der skandinavischen Länder, der baltischen Staaten und Polens berichtet. Zugleich wurde angekündigt, dass Polen infolge des Kräftemessens in Europa in eine Situation geraten könne, in der eine Neutralitätserklärung ohne Belang sei.⁶²

Insgesamt erwies sich der Plan eines „Dritten Europa“ als Fiktion. Ungeachtet der polnischen Großmachtbestrebungen fehlte es dem Land an politischen, wirtschaftlichen und militärischen Voraussetzungen für die Bildung und Führung eines solchen Staatenblocks. In Skandinavien wurde zudem das autoritäre Regime der polnischen Obristen scharf kritisiert. Auch in Estland wurde zuweilen die Auffassung vertreten, die polnische Innen- und Außenpolitik sei völlig inakzeptabel.⁶³ Polen konnte zudem die vielen Konflikte zwischen den anvisierten Ländern nicht überbrücken. Indem es das „Dritte Europa“ einerseits gegen den Völkerbund und andererseits gegen Deutschland und die Sowjetunion steuern wollte, trug es dazu bei, alle Grenzstaaten in die Isolation zu treiben. Damit kam Becks Politik trotz aller Betonung der deutschen und sowjetischen Gefahr faktisch den Anliegen Berlins weit entgegen.

Die Sowjetunion und die polnische Baltikumpolitik

Das polnische *Międzymorze*-Projekt sah der Kreml als Versuch der Wiederrichtung eines *cordon sanitaire* an, als eine anti-sowjetische und anti-tschechoslowakische Politik. Prag hielt die polnische Vision für unrealistisch und sah sie zudem als eine Politik, die zur Einkesselung und Isolation des eigenen Staates führte. So erklärte Außenminister Kramil Krofta dem litauischen Gesandten in Prag, der von Polen geplante Block sei für ihn völlig unbegreiflich und sinnlos.⁶⁴ Vladimir Potemkin wiederum, seines Zeichens sowjetischer stellvertretender Volkskommissar für Auswärtige Angelegenheiten, wies am 26. März 1938 die Gesandten in Warschau, Kaunas, Riga und Tallinn an, die polnischen Aktivitäten im Hinblick auf die baltischen Staaten zu beobachten. Er vermutete, dass Polen der baltischen Entente beitreten könne.⁶⁵

Die Visiten von Stachiewicz und Beck verärgerten den Kreml, weil sie die Sorge vergrößerten, Polen könnte sich an den Konferenzen der Außenminister der baltischen Entente beteiligen.⁶⁶ In Moskau wurde Beck gelegentlich als Helfershelfer der Hitler-Anhänger oder als Spion angesehen; er galt als der öffentliche Feind.⁶⁷ Seine Aktivitäten im Hinblick auf Rumänien, Ungarn und das Baltikum (*Międzymorze*) wurden von der sowjetische Presse als

62 Presseabteilung der finnischen Gesandtschaft in Polen, 27.7.1938, in: SArk 1354/13; Svenska Dagbladet vom 20.7.1938; Uusi Suomi vom 26.7.1938; Basler Nachrichten vom 5.8.1938.

63 Vgl. Lossowski, *Stosunki Polsko-Estońskie* (wie Anm. 55), S. 163.

64 Bericht des litauischen Gesandten in Prag, Edvardas Turauskas, an Lozoraitis, 29.4.1938, in: LCVA 648-1-16, Bl. 163.

65 Potemkin an die Vertreter der UdSSR in Litauen, Lettland, Estland und Polen, 26.3.1938, in: AVP RF 05-18-09-145, Bl. 1 f.

66 Siehe z.B. die Nachricht des Leiters der 1. Westlichen Abteilung des sowjetischen Außenministeriums Grigorij Ja. Bežanov an den sowjetischen Gesandten in Kaunas, Pavel N. Krapivintsev, 25.7.1938, in: AVP RF 0151-29-55-2, Bl. 16.

67 Siehe den Bericht des Mitarbeiters der estnischen Gesandtschaft in Moskau, Voldemar Ojansoon, 20.7.1938, in: ERA 957-14-573, Bl. 50-52. Siehe z.B. K. Pjaseckij: *Pol'skij minister – gitlerovskij*

eine gegen die UdSSR und die Tschechoslowakei gerichtete Intrige behandelt, als Bestreben, Deutschlands Vertrauen zu erringen bzw. die Demokratien zu einer passiven Haltung gegenüber den baltischen Staaten und Skandinavien zu bewegen.⁶⁸

Das Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten wusste, dass während der polnischen Besuche über die Aushebelung des Art. 16 gesprochen wurde.⁶⁹ Die auf der Außenministerkonferenz der baltischen Entente aufgeworfene Stellungnahme zum Art. 16 wurde kritisiert. In der sowjetischen Presse wurden „faschistische Länder“ beschuldigt, die Auflösung des Völkerbundes zu betreiben: Es hieß, die Völkerbundsanktionen seien verbindlich und gerade Kleinstaaten hätten allen Grund zur Besorgnis.⁷⁰

Die sowjetischen diplomatischen Vertreter in den baltischen Hauptstädten vertraten die Ansicht, gerade die auf Art. 16 beruhende kollektive Abwehr gegen aggressive Länder beschütze die durch diese gefährdeten Kleinstaaten.⁷¹ Als Druckmittel dienten die Wirtschaftsbeziehungen. So beschloss das Politbüro am 28. Juni, den sowjetisch-lettischen Handelsvertrag vom 4. Dezember 1933 zu annullieren, wenn sich Riga nicht bereit erkläre, die für die Schiffsfrachten und den Transit anfallenden Gebühren als Teil des Gesamtwarenumsatzes anzusehen.⁷² Darüber hatte der sowjetische Gesandte in Riga, Zotov, das lettische Außenministerium bereits am 29. Juni informiert. Aus seinem Bericht geht hervor, dass diese Drohung noch um Beschuldigungen gegen die lettische Außenpolitik ergänzt wurde, womit Riga faktisch nahegelegt wurde, seine Außenpolitik zu ändern.⁷³

Deutschlands Baltikumpolitik und der Völkerbund

Die Grundsätze des Völkerbundes in der zwischenstaatlichen Kommunikation – Vereinbarungen und Kompromisse – entsprachen nicht Hitlers Vorstellungen. Dieser wollte einen beständigen, einen nach dem Prinzip der Stärke dominierten „Daseinskampf um den Lebensraum“ führen.⁷⁴ Aus seiner Sicht hinderte ihn der Völkerbund an der Verwirklichung seiner Ambitionen. Hitler und sein Außenminister Konstantin v. Neurath, die Deutschland als Großmacht reanimieren und daher die Grenzen im Osten revidieren wollten, verfolgten die Wiederaufrüstung Deutschlands. Die deutsche Außenpolitik sollte Einmischungen in die inneren Angelegenheiten von außen unterbinden und der Regierung freie Hand für ihre rassistische, antisemitische Innenpolitik lassen sowie die Expansion nach außen gewährleisten.⁷⁵ Solange Deutschland im Völkerbund blieb, war es jedoch in einem Beziehungsnetz

špion [Der polnische Minister – ein Spion Hitlers], in: *Kommunističeskij internacional* vom (3.) März 1938, S. 102-104; *Pravda* vom 5.1.1938.

68 Siehe Pjaseckij, *Pol'skij minister*; *Pravda* vom 10.2., 19.7.1937, 2.6., 21.6.1938; *Leningradskaja Pravda* vom 10.7.1938.

69 Ivan Zotovs Tagebuch, 18.7.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 133.

70 *Pravda* vom 25.1., 19.7.1938.

71 Zotovs Tagebuch, 2.8.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 135.

72 Beschluss des Politbüros, 28.6.1938, in: *Rossijskij gosudarstvennyj archiv social'no-političeskoj istorii* (Russländisches Staatsarchiv der sozial-politischen Geschichte, Moskau) 17-162-23, Bl. 93.

73 Zotovs Tagebuch, 2.7.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 121.

74 Vgl. Christoph M. Kimmich: *Germany and the League of Nations*, Chicago, ILL 1976, S. 173-193.

75 Ebenda.

gefangen, das es zu Kompromissen zwang. Am 14. Oktober 1933 erklärte Berlin daher seinen Austritt.⁷⁶

Berlin versuchte die europäischen Kleinstaaten davon zu überzeugen, dass der Völkerbund lebensunfähig sei und nur durch ihre Neutralitätspolitik ersetzt werden könne. So etwa hieß es nach der Konferenz der Außenminister der skandinavischen Länder im Juni 1937 in der Zeitschrift „Völkerbund und Völkerrecht“, dass sich die skandinavischen Länder gemeinsam mit den Niederlanden, der Schweiz und wahrscheinlich auch mit Belgien „in ihrem eigenen Interesse und in demjenigen Europas“ trotz diverser Störungsversuche bedingungslos neutral verhalten würden.⁷⁷ Der finnische Gesandte in Berlin, Aarne Wuorimaa, berichtete in Helsinki im Oktober 1937 von der Zufriedenheit der Deutschen, wenn sich Kleinstaaten zu neutralen Bündnissen zusammenschlossen, bedeute dies doch, dass auf eine automatische Anwendung des Art. 16 und des Prinzips der kollektiven Sicherheit verzichtet werde, welche Berlin als „größte Gefahr für die Wahrung des Friedens“ ansehe.⁷⁸ Die deutsche Presse reagierte kritisch, wenn bestimmte Aktivitäten in Hinsicht auf England, Frankreich oder die Sowjetunion entfaltet wurden oder Gerüchte über deren Annäherung auftauchten.⁷⁹ Zugleich wurde all das positiv beurteilt, was die Hoffnungen der Kleinstaaten auf den Völkerbund infrage stellte.⁸⁰

Deutschland sah Mittel- und Osteuropa als seine Einflussphäre an, in der keine polnische Konkurrenz geduldet wurde. Bei deutschen Diplomaten und in der deutschen Presse erregten die Besuche polnischer Vertreter im Baltikum Bedenken, da mit diesen eine Erweiterung der baltischen Entente bzw. der Abschluss eines militärischen Bündnisses bezweckt werden könnte. Die polnischen Aktivitäten in Hinsicht auf Finnland ließen in Berlin jedoch noch größere Zweifel aufkommen.⁸¹ Man erwog, Wilhelm Keitel, den Chef des Stabes des Oberkommandos der Wehrmacht, im Juli 1938 nach Tallinn zu entsenden. Die Initiative dafür war eigentlich von Estland ausgegangen.⁸² Allerdings kam dieser Besuch nicht zu Stande. Im estnischen Armeestab glaubte man, dass Keitel infolge des „Anschlusses“ von Österreich und infolge des Spanischen Bürgerkriegs zu beschäftigt sei.⁸³ Tatsächlich fürchtete Tallinn die sowjetische und wahrscheinlich auch die polnische Reaktion. Vor diesem Hintergrund mag einleuchten, dass Gesandter Frohwein dem Auswärtigen Amt nahelegte, Deutschland solle Rücksicht auf die geografische Lage Estlands nehmen und darauf verzichten, die Beziehungen beider Länder bloß zu legen.⁸⁴

76 Ebenda, S. 190.

77 Siehe den Bericht von Aaro Pakaslahti, damals Mitarbeiter in der Berliner finnischen Gesandtschaft, 21.6.1937, in: UM 5 C/5.

78 Wuorimaa aus Berlin, 14.10.1937, in: UM 5 C/5.

79 Leipziger Neueste Nachrichten vom 21.6.1937; Völkischer Beobachter vom 15.6.1937; Berliner Börsen-Zeitung vom 8.6., 18.6.1937.

80 Siehe die Übersicht über die ausländische Presse, erstellt vom Pressebüro des Estnischen Außenministeriums, 22.1.1938, in: ERA 1093-1-147, Bl. 20.

81 Siehe *Ilustrowany Kurier Godzienny* vom 8.7.1938; *Collier an Orde*, 7.7.1938, in: UKNA FO 371/22218, N3192/1/59; Kennard aus Warschau, 23.6.1938, in: UKNA FO 371/22218, N64/139/1/38.

82 Frohwein aus Tallinn, 30.7.1937, in: PA AA Gesandtschaft Reval 29 C 1. Bd. 6.

83 Sydow aus Tallinn, 28.6.1938, in: RA UD HP1Ee; Bericht des schwedischen Militärattachés in allen drei baltischen Staaten, Karl Lindqvist, aus Riga, 18.6., 30.6.1938, in: KKA B I 1938/3.

84 Frohwein aus Tallinn, 8.6.1938, in: PA AA Gesandtschaft Reval 403875-403880.

Noch vor den Besuchen der polnischen Repräsentanten hatte Frohwein Außenminister Selter eine Reihe von außenpolitischen Fragen gestellt. Er warnte seinen Gesprächspartner davor, dass das Reich so genannte verwickelnde Pakte nicht gutheiße und Kooperationsverträge eher von Nachteil seien. Selter erwiderte darauf, er könne sich nicht vorstellen, dass der polnische Außenminister an der Konferenz der Außenminister der baltischen Entente teilnehme.⁸⁵ Trotzdem hegte Frohwein weiterhin die Befürchtung, der polnische Außenminister könnte als Beobachter an der Außenministerkonferenz teilnehmen.⁸⁶

Je näher aber eine Entscheidung in der Sudetenfrage rückte, desto nachdrücklicher bestand Berlin darauf, dass auch die baltischen Staaten zum Art. 16 Stellung nahmen. Es lag auf der Hand, dass der Völkerbundrat im Falle eines Kriegsausbruchs zur Verhinderung der (deutschen) Aggression auch die baltischen Staaten verpflichten würde, der Roten Armee das Durchmarschrecht zu gewähren. Vor diesem Hintergrund strebte Berlin eine diplomatische und militärische Isolation der Tschechoslowakei an.⁸⁷ Im Hinblick auf die baltischen Staaten setzte die deutsche Außenpolitik ihre Hoffnung auf Estland, denn im Falle einer estnischen Unverbindlichkeitserklärung zum Art. 16 wären auch Lettland und Litauen gezwungen, diese abzuschließen. Am 29. August kam der Berliner Journalist Karl Megerle⁸⁸, ein Verwandter Görings und mit der Dienststelle von v. Ribbentrop verbunden, als deutscher Emissär nach Tallinn.⁸⁹ Megerle legte der estnischen Regierung nahe, sich mit einer Erklärung hinsichtlich der Frage des Art. 16 zu beeilen, schließlich werde der Völkerbund bei einer unerwarteten Verschärfung der Lage das Durchmarschrecht für die Sowjetunion verlangen.⁹⁰

Auch die Entscheidungen Rigas waren sowohl von deutschem Druck als auch von den Positionen Estlands und der skandinavischen Länder beeinflusst. Im Auswärtigen Amt ging man davon aus, dass sich Riga zum Art. 16 schwankend verhalten würde und aus diesem Grund die deutsche Diplomatie zum Handeln gezwungen sei. Am 1. September benachrichtigte der Abteilungsleiter für Skandinavien und das Baltikum im Auswärtigen Amt, Werner v. Grundherr, dem kommissarischen Ersten Sekretär der lettischen Botschaft in Berlin, Eriks Pauls Igenbergs, dass es an der Zeit sei, deutlich auszusprechen, dass Deutschland Staaten nicht als neutral ansehe, die fremden Truppen erlaubten, sich auf ihrem Staatsgebiet zu

85 Frohwein aus Tallinn, 24.5.1938, in: NA II RG-242 T-120 R-914; 385423.

86 Frohwein aus Tallinn, 16.7.1938, in: NA II RG-242 T-120 R-914, 385438-385439.

87 Vgl. Luboš Švec: Československo a pobaltské státy v letech 1918–1939. Vývoj politických a hospodářských vztahů Československa s Litvou, Lotyšskem a Estonskem v meziválečném období [Die Tschechoslowakei und die baltischen Staaten 1918–1939. Die Entwicklung der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen der Tschechoslowakei mit Litauen, Lettland und Estland in der Zwischenkriegszeit], Praha 2001, S. 276.

88 Megerles Artikel folgen den Richtlinien, die ihm von v. Ribbentrop und dem deutschen außenpolitischen Forschungsinstitut erteilt worden waren, sie erschienen – darunter auch Texte zum Baltikum – in den wichtigsten deutschen Zeitungen: Berliner Börsen-Zeitung, Völkischer Beobachter und Westfälische Landeszeitung. In den Jahren 1932 bis 1938 war er eng mit den österreichischen Nationalsozialisten verbunden. Er hatte auch einen Anteil an der Entscheidung in der Sudetenkrise. Siehe Megerle Papers 1938–1940, in: NA II RG-242 T-120, R-1374, D527452.

89 Verzeichnis der Personen, die am 29.8.1938 über den Tallinner Grenzübergang einreisten und am 31.8.1938 abreisten, in: ERA 495-11-28/I, Bl. 457, 465.

90 Megerles Memorandum, 31.8.1938, in: Documents on German Foreign Policy 1918–1945, Series D (1937–1945), Vol. V.: Poland, The Balkans, Latin America, The Smaller Powers 1937–1939, Washington, DC 1953, S. 464 f.

bewegen. Er fragte direkt, ob Lettland neutral sein wolle oder sich nur hinter der Neutralität verstecke und der Roten Armee das Durchmarschrecht gewähre. Außerdem empfahl er, sofort eine Erklärung in dieser Frage abzugeben. Igenbergs berichtete von dem entschiedenen Ton, in dem ihm dies vorgetragen wurde.⁹¹ 1941 sagte der lettische Außenminister Munters in einem NKVD-Verhör aus, v. Grundherr habe Igenbergs des Weiteren erzählt, Estland und Finnland hätten sich bereits stärker an Deutschland angenähert als Lettland. Munters zufolge habe ihm Staatssekretär Ernst v. Weizsäcker zudem erklärt, dass Berlin von Riga die strikte Einhaltung der Neutralität erwarte; in keinem Fall dürften sowjetische Flugzeuge Lettland überfliegen.⁹²

Berlin bemühte sich auch um Einflussnahme in Litauens Politik. Am 24. Juni trafen sich Lozoraitis und Jurgis Šaulys, der litauische Gesandte in Berlin, mit Außenminister Joachim v. Ribbentrop. In einem mehr als eine Stunde dauernden Gespräch ging es um die Klaipėda-Frage, doch wurde auch über die politische Lage in Europa allgemein gesprochen. Lozoraitis' Frage, wie die Reichsregierung die Sicherheit in Osteuropa zu garantieren beabsichtige und warum sie im Hinblick darauf immer nur von Westeuropa spräche, wurde faktisch mit einer Drohung erwidert: Solange die Tschechoslowakei enge Beziehungen zur Sowjetunion pflege, könne Deutschland nicht von der Sicherheit Osteuropas reden. Berlin sei der Ansicht, dass die Sowjetunion ganz Europa bedrohe. Lozoraitis berichtete, dass die baltischen Staaten nach v. Ribbentrops Auffassung „stets Rücksicht auf die bolschewistische Gefahr nehmen sollten“. Die Existenz der baltischen Staaten könnte enden, wenn Russland sie verschlucke. Deutschlands Haltung gegenüber den baltischen Staaten wiederum hinge davon ab, wie diese zum Bolschewismus stünden.⁹³ Zwar wurden der Völkerbund und der Art. 16 in diesem Gespräch nicht direkt erwähnt, doch waren die Äußerungen über die Tschechoslowakei und die Sowjetunion deutlich genug: Die baltischen Staaten dürften sich in ihrer Außenpolitik nicht an Prag orientieren und müssten sich von Moskau distanzieren.

Der Höhepunkt der Krise

Am 19. September 1938, am gleichen Tag, als England und Frankreich Prag die ultimative Forderung stellten, die deutsch besiedelten Gebiete an Deutschland abzutreten, verkündeten Selzer und Munters vor der Vollversammlung des Völkerbundes, dass sich ihre Regierungen das Recht einräumten, in jedem Einzelfall selbst darüber zu entscheiden, inwieweit die Bestimmungen des Art. 16 anzuwenden seien.⁹⁴ Lozoraitis, der bislang jede Stellungnahme zu dieser Frage verweigert hatte, gab am 22. September zusammen mit den Vertretern Polens und Rumäniens eine Erklärung gleichen Inhalts ab. Seine Rede war jedoch widersprüchlich. Zunächst schwor er den Grundsätzen des Völkerbundes Treue und erklärte, Gerechtigkeit müsse stets den Vorrang vor Gewalt haben. Bevor er am Ende diesen Treueschwur be-

91 Igenbergs aus Berlin, 1.9.1938, in: LVVA 2574-4-7165, Bl. 43 f.

92 Protokol doprosa Mutersa V.N. ot 20.11.1941 [Verhörprotokoll von V.N. Munters vom 20.11.1941], in: Hoover Institution on War, Revolution and Peace. Hoover Institution Archives, Stanford, CA, Ronis, 1.

93 Lozoraitis' Memorandum über das Gespräch mit v. Ribbentrop, 24.6.1938, beigelegt in dem Bericht Prestons aus Kaunas, 12.7.1938, in: UKNA FO 371/22220, N3624/2/59.

94 Made, Eesti ja Rahvasteliit (wie Anm. 9), S. 101 f.

kräftigte, erklärte er jedoch, dass sich Litauen angesichts der Erklärungen, die mehrere Delegationen auf der Vollversammlung abgegeben hätten, dem im Juli verlautbarten britischen Vorschlag anschließe, der Völkerbund solle unter den jetzigen Bedingungen den Art. 16 nicht so auslegen, dass er automatisch zu Sanktionen führe.⁹⁵

Somit gab es keine gemeinsame Erklärung der baltischen Entente zum Art. 16. Die Vertreter der Sowjetunion, Neuseelands und Chinas verteidigten ihn mit der Behauptung, dass einseitige Erklärungen nicht geeignet seien, die Bestimmungen des Völkerbundstatuts zu ändern, da dieses einen völkerrechtlichen Vertrag darstelle, der nur mit Zustimmung aller Parteien abgeändert werden könne. Noch unmittelbar vor dem Beginn der Vollversammlung war Frankreich bestrebt, auf Estland, Lettland und Polen in dieser Hinsicht Druck auszuüben. Am 15. September hatte sich der ehemalige Ministerpräsident und Außenminister Frankreichs, nunmehr Delegationsleiter beim Völkerbund, Joseph Paul-Boncour, Munters und Selter in Genf mitgeteilt, dass seine Delegation eine Erklärung zum Art. 16 kritisch sehe, da sie der Autorität des Völkerbundes schade und in Anbetracht der gegenwärtigen internationalen Lage unvernünftig sei. Munters erwiderte, Lettland könne in Erinnerung an die Ereignisse des Jahres 1919 einen russischen Durchmarsch nicht zulassen.⁹⁶ Trotz der Absicht der beiden Minister, den Art. 16 in Frage zu stellen, hakte Paul-Boncour nach, ob Lettland und Estland denn bereit seien, sich an den Sanktionen zu beteiligen, sollte der Völkerbundrat dies verlangen. Faktisch war dies die Frage, ob Riga und Tallinn den sowjetischen Truppen erlaubten, ihr Territorium für den Einsatz gegen Deutschland zu nutzen.

Und Lozoraitis? Es liegt auf der Hand, dass der litauische Außenminister dem äußeren Druck nachgab. Noch Ende August hatte er einem polnischen Diplomaten mitgeteilt, er befürworte eine automatische Anwendung des Art. 16. Der Außenminister führte dabei aus, im Falle einer Aggression wären die 150 000 litauischen Soldaten durch weitere 100 000 zu ergänzen, damit das Land sich nicht selbst verteidigen müsse. Diese eventuelle Hilfe dürfe jedoch nicht zu einer zweiten Aggression führen.⁹⁷ Damit erkannte er die Möglichkeit an, dass die Rote Armee nach ihrer „Hilfeleistung“ im Land bleiben könnte. Wie der litauische Historiker Česlovas Laurinavičius anmerkt, gibt es in den öffentlichen Reden des litauischen Präsidenten und des Ministerpräsidenten aus dem September 1938 keine Hinweise auf eine Neutralitätspolitik. Außerdem reiste Lozoraitis tatsächlich als Befürworter des Prinzips der kollektiven Sicherheit nach Genf. Es hat daher den Anschein, als hätte Lozoraitis in letzter Minute der Absicht zugestimmt, den Art. 16 für nicht verpflichtend zu erklären. Darauf weist die Auskunft des stellvertretenden estnischen Außenministers Õpik in der Sitzung der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten der *Staatsversammlung (Riigivolikogu)* am 20. September hin: Demnach sei es Selter in Genf gelungen, sich auf über eine Woche währenden Verhandlungen mit dem lettischen und litauischen Außenminister zu einigen.⁹⁸ Dass Lozoraitis auch durch seinen lettischen Kollegen beeinflusst wurde, lässt ein Interview mit Munters vom 3. Oktober 1938 in „Lietuvos Aidas“ vermuten: Nur selten, so hieß

95 Vgl. Laurinavičius, 1938 metų Sudetų krizė ir Lietuva (wie Anm. 20), S. 165.

96 Bericht des estnischen Gesandten in London, August Johannes Schmidt (seit 1940: Torma), 5.10.1938, in: ERA 957-14-571, Bl. 102 f.; Stranga, Latvia (wie Anm. 13), S. 15.

97 Lozoraitis' Memorandum, 2.9.1938, in: LCVA 383-7-2068, Bl. 310; Laurinavičius, 1938 metų Sudetų krizė ir Lietuva (wie Anm. 20), S. 163.

98 Protokoll der gemeinsamen Sitzung *des Ausschusses* für auswärtige Angelegenheiten und Landesverteidigung der *Staatsversammlung und* des Staatsrates, 20.9.1939, in: BA.

es hier, hätten die Vertreter der baltischen Staaten sich so oft besprochen wie auf dieser Versammlung.⁹⁹

Offiziell wurde die Stellungnahme zur Frage des Art. 16 damit begründet, dass der Völkerbund kraftlos und in eine Krise geraten sei, während die Kleinstaaten es vermieden, in einen Konflikt zwischen den Großmächten hineingezogen zu werden.¹⁰⁰ Für die Tschechoslowakei und die Sowjetunion wiederum enthielten die Stellungnahmen zum Art. 16 die Botschaft, dass die Grenzstaaten keine Sanktionen gegen den Aggressor unterstützen und sich einem Durchmarschversuch der Roten Armee widersetzen würden. Die Hilfeleistung der Roten Armee an die Tschechoslowakei hätte nun bedeutet, in den Augen der Weltöffentlichkeit selbst zum Aggressor zu werden. Für die Tschechoslowakei hatte diese Wendung der Ereignisse zur Folge, dass auch die letzte Chance auf Hilfe gegen Hitler vertan war. Sogar im unwahrscheinlichen Fall, dass der Völkerbundrat den Art. 16 zur Anwendung bringen würde, würden Polen, die baltischen Staaten und Rumänien faktisch zu militärischen Verbündeten Deutschlands werden. Es sei an dieser Stelle an die Ansprache des tschechoslowakischen Ministerpräsidenten Milan Hodža während der außerordentlichen Sitzung des Kabinetts am 21. September erinnert, in der er erklärte, dass nach Auskunft der eigenen Armeeführung ein isolierter Konflikt das Ende der Tschechoslowakei bedeute, schon weil auch mit einem Angriff der Nachbarstaaten gerechnet werden müsse.¹⁰¹

Angesichts der Krise ergriffen mehrere europäische Länder Schutzmaßnahmen. Schweden gab am 23. September bekannt, dass ein Viertel der Wehrpflichtigen, deren Wehrdienst im Herbst enden sollte, in den Kasernen blieb.¹⁰² Auch in Norwegen sollten Marinesoldaten bis auf weiteres nicht vom Wehrdienst freigestellt werden. Darüber hinaus setzte die Marine ihre Manöver fort.¹⁰³ Belgien berief die Reservisten zum Wehrdienst ein. Die litauische Militärführung ließ die Garnisonen in erhöhte Kampfbereitschaft versetzen. In vielen Garnisonen wurde der Urlaub der Offiziere und der Mannschaften unterbrochen, Versetzungen in den Ruhestand wurden aufgeschoben und die Reservisten vom 1. bis zum 22. September zu Manövern einberufen.¹⁰⁴ Der polnische Geheimdienst erhielt Nachrichten über Standortverlegungen der litauischen Truppen in den Bezirk Klaipėda.¹⁰⁵ Auch in Lettland waren bereits im Herbst 1937 Manöver an der Südgrenze durchgeführt worden, wobei die lettischen Truppen gehalten waren, einen Angriff aus dem Süden, d.h. aus Deutschland abzuwehren und ihm so lange standzuhalten, bis die Hilfskräfte aus dem Osten, d.h. aus der Sowjetunion, einträfen.¹⁰⁶ An sich war daran nichts Ungewöhnliches, denn schon zuvor hatten die lettischen Manöver nach einer ähnlichen Vorlage stattgefunden, nur dass dabei festgelegt worden war, dass das Land auch aus dem Osten angegriffen werden könnte. Ein

99 Lietuvos Aidas vom 3.10.1938.

100 Postimees vom 22.9.1938.

101 Dokumenty po istorii Mjunchenskogo sgovora 1937–1939 [Dokumente zur Geschichte der Münchener Verschwörung], Moskau 1979, S. 249.

102 Päevaleht vom 23.9.1938

103 Ebenda vom 25.9.1938.

104 Der Chef des Geheimdienstes des Grenzschutzkorps, Gurbiski, an den Chef der IV. Unterabteilung der II. Abteilung des Generalstabes, 20.10.1938, in: AAN Warszawa Sztab Główny 616/334.

105 Ebenda.

106 Earl L. Packer, US-Botschaft Riga, 29.10.1937, in: NA II RG-59 M1177, R-10.

Militärattaché der USA in Riga, der zusammen mit seinem Kollegen in Estland die Lage analysierte, nahm an, dass die Sowjetunion und Lettland ein Militärabkommen unterzeichnet hätten, das vorsah, Lettland im Fall eines deutschen Angriffs zu helfen.¹⁰⁷ Im Januar 1937 hatten die Stäbe der lettischen und der litauischen Armee gemeinsame Manöver an der lettisch-litauischen Grenze durchgeführt,¹⁰⁸ in dem der Angriff aus dem Westen, d.h. aus Deutschland erfolgte.

Estland führte während der tschechoslowakischen Krise keine Mobilmachung durch. Šejnoha zufolge ging Laidoner davon aus, dass die Großmächte ein Abkommen zum Nachteil der Tschechoslowakei treffen würden.¹⁰⁹ Auf dem Höhepunkt der Krise breiteten sich Gerüchte aus, die Sowjetunion wolle im Kriegsfall estnische Flugplätze und Marinestützpunkte nutzen.¹¹⁰ Der sowjetische Geheimdienst fing ein Telegramm ab, das der italienische Gesandte Vincenzo Cicconardi in Tallinn am 27. September nach Rom geschickt hatte. Hierin hieß es, der stellvertretende Außenminister Oskar Ōpik habe Cicconardi erklärt, im Falle eines Weltkriegs könnte eine sowjetische Einmischung über estnisches, lettisches und später wahrscheinlich auch polnisches und litauisches Gebiet erfolgen. Estland, Lettland und Polen würden sich dem jedoch militärisch widersetzen. Da die Polen eine starke Konzentration sowjetischer Truppen an ihrer linken Flanke nicht dulden könnten, würden sie wohl auch dann eingreifen, wenn ihr Territorium unberührt bliebe. Die genannten Länder wollten die Verteidigung des Deutschen Reichs gegen einen Angriff der UdSSR über die baltischen Staaten auf sich nehmen.¹¹¹

Estnische Militärs schlossen die Möglichkeit eines Kriegsausbruchs nicht aus. Am 9. Oktober informierte Šejnoha Prag darüber, dass es angesichts der Möglichkeit eines Durchmarsches der sowjetischen Truppen Beratungen mit polnischen und finnischen Offizieren sowie mit dem Stellvertreter des schwedischen Stabschefs in Tallinn gab. Šejnoha konnte über den Inhalt der Gespräche, die auf Laidoners Gut Viimsi (Wiems) stattfanden, nicht viel in Erfahrung bringen – abgesehen von der phrasenhaften Wiederholung des Bekenntnisses zur Neutralität sowie der Bereitschaft, sich gegen den Durchmarsch egal welcher Truppen zur Wehr zu setzen.¹¹² Immerhin erfuhr der tschechoslowakische Gesandte, dass sich am 20. September auf Anordnung von Präsident Konstantin Päts die Ausschüsse für Auswärtige Angelegenheiten und für Landesverteidigung der beiden Kammern der Staatsversammlung zu einer gemeinsamen Sitzung versammelt hatten, an der auch Stabschef Reek und der Chef des Militärgeheimdienstes Richard Maasing beteiligt waren.¹¹³ Über diese mehr als zweieinhalb Stunden lange Sitzung existiert ein fünfseitiges Protokoll, aus dem hervorgeht,

107 Packer aus Riga, 29.10.1937, in: NA II RG-59 M1177, R-10.

108 Bericht des US-Gesandten in Riga, Arthur Bliss Lane, 1.2.1937, in: NA II RG-59 M1177, R-10.

109 Šejnoha aus Tallinn, 29.9.1938, in: Dokumenty československé zahraniční politiky. Československá zahraniční politika v roce 1938 [Dokumente der tschechoslowakischen Außenpolitik. Die Außenpolitik der Tschechoslowakei im Jahre 1938. Bd. II (1. Juli – 5. Oktober 1938), Praha 2000, S. 264 f.

110 Frohwein aus Tallinn, 19.11.1938, in: PA AA Pol. VI 4292 403911.

111 ERA(F) 138SM-1-55, Bl. 94 f.

112 Šejnoha aus Tallinn, 9.10.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Tallin 1938 PZ č 1-26/PPZ č I-IV.

113 Protokoll der Sitzung *des Ausschusses* für auswärtige Angelegenheiten der *Staatsversammlung*, 20.9.1939, in: BA; Hynninen aus Tallinn, 21.9.1938, in: KA Hynninen, Bl. 2.

dass Ōpik die Anwesenden über die Genfer Erklärung des Außenministers vom 19. September informierte. Ōpik begründete die Stellungnahme zum Art. 16 mit dem britischen Vorschlag vom Juli zur Unverbindlichkeit der Sanktionen, auf den sich bereits Lozoraitis berufen hatte. Wesentliche Einwände wurden auf der Versammlung nicht vorgebracht.¹¹⁴ Laut einem Bericht des finnischen Gesandten in Tallinn, Paavo Hynninen, gingen Reek und Maasing auf die tschechoslowakische Krise und eine eventuelle sowjetische Hilfe für Prag ein. Ihnen zufolge wollte die estnische Militärführung im Falle eines Kriegsausbruches in Mitteleuropa Truppen an die Ostgrenze schicken.¹¹⁵

Auch in Estland wurden Maßnahmen getroffen. In der Zeit vom 24. bis 27. September liefen die estnischen U-Boote „Kalev“ und „Lembit“ den Hafen von Helsinki an. Offiziell wurde verlautbart, dass Marinekommandeur Kapitänleutnant Joosep Pruun seinen Gastgeber – darunter u.a. Verteidigungsminister Juho Niukkanen, Österman und Stabschef Karl Lennart Oesch – einen Höflichkeitsbesuch abstatte.¹¹⁶ Während der Visite wurde die Durchführung eines gemeinsamen Manövers vereinbart. Schließlich fand am 8./9. Oktober in Estland ein gemeinsames Manöver der Armee und des Schutzbundes (*Kaitseliit*) statt.¹¹⁷

Auch die Nachbarn der Tschechoslowakei trafen militärische Vorbereitungen. Rumänien schickte Militäreinheiten an seine Westgrenze. Ungarn leitete eine Truppenkonzentration an der Grenze zur Slowakei und Transkarpatien ein. Am 20. September veröffentlichten mehrere polnische Zeitungen eine Regierungsmitteilung über militärische Maßnahmen an der tschechoslowakischen Grenze. Zur gleichen Zeit wurden in den sowjetischen Grenzbezirken groß angelegte Manöver durchgeführt – an der Grenze waren knapp 34 000 Mann stationiert.¹¹⁸ Ende September wurden Manöver der Roten Baltischen Flotte durchgeführt. Während dieser fuhren sowjetische Kriegsschiffe aus dem Finnischen Meerbusen auch auf das offene Meer.¹¹⁹

Am 29./30. September 1938 tagte die Münchener Konferenz, die bekanntlich mit dem Einverständnis der Westmächte endete, das Sudetenland von der Tschechoslowakei abzutrennen. Deutschland wurde das Recht eingeräumt, ab dem 1. Oktober die im Vertrag angeführten deutsch besiedelten Gebiete zu besetzen. England und Frankreich, die bisher den *Status quo* aufrecht zu erhalten versucht hatten, willigten nun in Hitlers Forderungen ein. Die Prager Regierung, die nicht eingeladen worden war, gab dem diplomatischen Druck aus London, Paris und Rom nach. Am 1. Oktober forderte auch Polen ultimativ die Abtretung des Bezirks Teschen von der Tschechoslowakei, der bereits am darauf folgenden Tag eingenommen wurde.

114 Protokoll der gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Landesverteidigung der Staatsversammlung und des Staatsrates, 20.9.1939, in: RA BA.

115 Hynninen aus Tallinn, 21.9.1938, in: KA Hynninen, Bl. 2.

116 Vgl. Leskinen, *Vaiettu Suomen silta* (wie Anm. 60), S. 227.

117 Vale aus Riga, 19.10.1938, in: UKNA FO 371/22226, N5272/154/59.

118 Die Größe der sowjetischen militärischen Einheiten, die an der tschechoslowakischen Grenze konzentriert waren, belief sich auf 28 236 Soldaten, 6 208 Unteroffiziere, 1 522 Offiziere, 112 Panzer, 707 Lastkraftwagen, 8 731 Pferde, 176 Funkstationen und 459 Motorräder. Vgl. Morozov, *Pol'sko-čechoslovackie otnošenija* (wie Anm. 28), S. 422.

119 In der *Pravda* vom 2. Oktober 1938 wurde vom Abschluss dieser Manöver berichtet.

Estland und die tschechoslowakische Krise

Am 9. Oktober notierte Šejnoha, die Furcht vor dem Durchmarsch fremder Truppen sei in Estland Ausdruck der Angst vor einer Krise im Weltmaßstab, wobei die sowjetische Armee berechtigt oder unberechtigt „als bolschewistisches Ungeheuer“ dargestellt werde, welches die Bevölkerung mit Deportation und Vernichtung bedrohe, während die „deutsche Gefahr“ viel weiter entfernt sei.¹²⁰

Die Stimmung in Estland war gegenüber der Tschechoslowakei tendenziell eher freundlich, während sie gegenüber Deutschland feindlich war. In den polnischen Akten wird hierzu ausgeführt, dass sich auch gegenüber Polen eine feindliche Haltung eingebürgert habe, obgleich die Stimmung früher eher polenfreundlich gewesen sei. Die polnische Gesandtschaft in Tallinn protestierte gegen estnische Presseberichte über das Ultimatum und die Besetzung des Bezirks Teschen. Als „wichtigste Quelle der uns feindlich gesinnten Propaganda“ wurde die auflagenstärkste estnische Zeitung „Päevaleht“ ausgemacht, wie der polnische Militärattaché Stanisław Szczekowski Warschau mitteilte. So sei am 21. September eine Karikatur unter dem Titel „Aufteilung des Beutegutes“ in dieser Zeitung erschienen, die einen am Boden liegenden und von drei Adlern angegriffenen Hirsch zeigte. Szczekowski ging davon aus, dass es sich dabei um den polnischen Adler handelte. Er legte Protest beim Chef des Militärgeheimdienstes Maasing ein, dem er mitteilte, dass die Veröffentlichung solcher Karikaturen charakteristisch für die Presse polenfeindlicher Länder sei.¹²¹ Dennoch erschienen am 30. September zwei weitere Karikaturen im „Päevaleht“: Die eine zeigt einen Tisch, hinter dem zwei Demokraten und zwei Diktatoren stehen, die mit einem Faustschlag über das Schicksal des auf dem Tisch zitternden Engels entscheiden; auf der anderen stoßen dieselben Hände unter großem Jubel mit Bierkrügen an. – Beides deutliche Anspielungen auf die Münchener Konferenz.

Nach Ansicht Szczekowskis waren drei Faktoren für die gegen Deutschland und Polen gerichtete estnische Propaganda verantwortlich: zum einen Personen, die Kontakt zu den Vertretungen Frankreichs, Englands und der Tschechoslowakei pflegten. Laut Szczekowski finanzierten französische und tschechische Diplomaten sogar einige estnische Journalisten und agitierten auf Sprachkursen und geselligen Zusammenkünften, weshalb die estnische Intelligenz unter den nachteiligen Einfluss der „französisch-tschechischen Demokratie“ geraten sei. Als zweiten Faktor benannte er die Reste der ehemaligen Linken, die Halbintelligenz und Industriearbeiter. Bei ihnen handelte es sich seiner Ansicht nach um Komintern-Agenten, die aufgrund der erwarteten deutschen Invasion in Panik geraten seien. Den dritten Faktor erkannte er in den Freimaurern und dem Rotary Club, dem, die sei hier angemerkt, tatsächlich eine Reihe von einflussreichen Personen angehörten – Regierungsmitglieder, ehemalige Minister, hohe Militärs, Wissenschaftler, Geschäftsleute und Journalisten.¹²²

Der polnische Gesandte Waław Przesmycki berichtete am 5. Oktober, in der estnischen Gesellschaft nähme auf dem Höhepunkt der Krise die Panik zu und Fehlinformationen verbreiteten sich mit jeder Stunde schneller. Der „Desinformation“ beschuldigte er diejenigen

120 Šejnoha aus Tallinn, 9.10.1938, in: MZV Tallin 1938 PZ č 1-26 PPZ č I-IV.

121 Szczekowski aus Tallinn, 2.10.1938, in: AAN Sztab Główny 616/357.

122 Ebenda.

Esten, die er als Gesinnungsgenossen der Briten, Franzosen und Tschechen einstufte. Er warf auch dem estnischen Außenministerium vor, die Kontrolle verloren zu haben, da der zuständige Minister nicht in Estland weilte. Auch Przesmycki drückte seine Unzufriedenheit mit der estnischen Presse aus.¹²³

Auf der einen Seite erklärten Przesmycki zufolge estnische Politiker und Offizielle der Tschechoslowakei ihr Mitgefühl wegen der Münchener Beschlüsse, auf der anderen Seite wurde auch den Siegern gratuliert. So lautete, wiederum nach Informationen Przesmyckis, Selters Standpunkt zur Besetzung des Bezirks Teschen: „Polen soll das erhalten, was ihm tatsächlich gehört.“ Auch der Präsident der Staatsversammlung Jüri Uluots habe Przesmycki „zu einer gerechten Lösung der Streitfrage“ gratuliert.¹²⁴ Die Krise in der Tschechoslowakei beeinflusste jedoch die estnische Einstellung zu Polen. In einem Bericht vom 20. Oktober schrieb der polnische Militärattaché, ein Großteil der Esten sei Polen gegenüber nicht mehr freundlich gesinnt.¹²⁵ In einem anderen Bericht von Szczekowskis wird als Grund für die feindliche Haltung der Esten gegenüber Polen deren Mentalität genannt: Als Bürger eines Kleinstaats nähmen sie grundsätzlich eine feindliche Haltung gegen jedwedes Kräftemessen der Großmächte ein.¹²⁶ Ähnlich urteilte auch der tschechoslowakische Vertreter Šejnoha: Ein kleines Volk habe Mitleid mit dem Schicksal eines anderen kleinen Volkes.¹²⁷

Der tschechoslowakische Diplomat führte weiter aus, die estnischen Amtspersonen und Offiziere hätten nach dem Abschluss des Münchener Abkommens angenommen, dass der Westen, d.h. die Demokratien, verrottet und die Rote Armee kraftlos sei: Man glaube „den angenehmen Berichten“ über die Schwäche der Sowjetunion. Der Diplomat deutete an, dass sich die estnische Presse im Laufe der Jahre die Manier angeeignet habe, über die Sowjetunion ausschließlich negative Nachrichten zu vermitteln.¹²⁸

Wie schätzte die außenpolitische estnische Führung diese Ereignisse ein? Die Frage lässt sich am besten anhand der Erläuterungen beantworten, die Laidoner, der nicht nur Oberbefehlshaber der Streitkräfte, sondern auch Vorsitzender des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des Staatsrats war, im Oktober, November und Dezember 1938 den Chefredakteuren der Zeitungen gab, sowie anhand der Vorträge, die er im Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten und in der höheren Militärschule hielt. Der General war bestrebt, die Politik der Großmächte vorauszusehen, die estnische Neutralitätspolitik, die strategische Lage des Baltikums und die Chancen, sich aus dem kommenden Krieg herauszuhalten, zu

123 Auszug aus Przesmyckis Vortrag, 5.10.1938, in: AAN Sztab Główny 616/356.

124 Ebenda.

125 Vgl. Łossowski, *Stosunki Polsko-Estońskie* (wie Anm. 55), S. 163 f.

126 Memorandum (undatiert), in: AAN Sztab Główny 616/356.

127 Šejnoha aus Tallinn, 9.10.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Tallin 1938 PZ č 1-26/PPZ č I-IV.

128 Šejnoha aus Tallinn, 24.11.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Tallin 1938 PZ č 1-26/PPZ č I-IV; vgl. zur Haltung der estnischen Presse gegenüber der UdSSR Liisi Rannast-Kask: *Osveščenie sovetskoj dejstvitel'nosti v èstonskich ežednevnyh gazet „Postimees“ i „Pjävaleht“ v 1935–1940 godach* [Die Darstellung der sowjetischen Wirklichkeit in den estnischen Tageszeitungen „Postimees“ und „Pävaleht“ in den Jahren 1935–1940], in: Rejnchard [Reinhard] Krumm, Nikita Lomagin u.a. (Hrsg.): *Obraz drugogo. Strany Baltii i Sovetskij Sojuz pered Vtoroj mirovoj vojny* [Das Bild des Anderen. Die Länder des Baltikums und die Sowjetunion vor dem Zweiten Weltkrieg], Moskau 2012, S. 58-78.

analysieren. Er gab aber zugleich auch ein Urteil über das Schicksal der Tschechoslowakei ab. Es sei aber vorausgeschickt, dass der General gerade in seinen Erläuterungen für die Presse Wunschvorstellungen in Bezug auf die Politik der Großmächte und die strategische Lage des Baltikums als Realität ausgab: All das stand der allgemeinen Stimmung entgegen und widersprach auch dem, was die ausländische Presse darüber schrieb.

Mit dem Münchener Abkommen sei nach Laidoner in erster Linie einer großen Katastrophe vorgebeugt worden.¹²⁹ Er machte zugleich geltend, dass der östliche Nachbar ungeachtet der „Säuberungen“ gegen die Führung der Roten Armee für Estland nach wie vor gefährlich sei.¹³⁰ Die Außenpolitik Prags erklärte Laidoner hingegen in der Vorlesung für die höhere Militärschule für völlig verfehlt. Die Tschechoslowakei sei im Unterschied zu Estland ein Staat, der infolge der Machenschaften der Großmächte ohne Krieg entstanden sei; er werde nun genau deshalb zerstört, weil die Armee mental nicht auf Kriegführung eingestellt sei.¹³¹ Die deutsche Expansion werde sich durch das Donaubecken nach Rumänien und in die Südbezirke der Sowjetunion bewegen.¹³² Das nationalsozialistische Regime und Hitler hielt er vom estnischen Standpunkt aus sogar für vorteilhaft.¹³³ In seinem Vortrag ging er auch auf eine eventuelle Vereinbarung zwischen Deutschland und der Sowjetunion zum Nachteil Estlands ein. Er glaube nicht an eine solche Kombination, zumal Deutschland nicht auf seinen Einfluss in Estland verzichten werde.¹³⁴ Am Ende seines Vortrags stellte Laidoner die Frage, was Estland tun müsse, wenn ihm sowohl aus dem Osten als auch aus dem Westen Gefahr drohe. Die Lösung lag für ihn darin, dass man die Lage beobachten und im entscheidenden Moment den richtigen Entschluss treffen müsse.¹³⁵ In einem Vortrag, den er Anfang November vor Reserveoffizieren hielt, warf er die Frage auf, ob sich Estland gegen die Rote Armee verteidigen könne, wick einer konkreten Antwort jedoch dahingehend aus, dass der Krieg nicht nur zwischen der Sowjetunion und Estland ausbrechen werde, und sich auch aus diesem Grund andere antisowjetische Kräfte an der Ostseeküste organisieren würden. Dass im Grunde nur Deutschland eine solche Macht darstellte, ließ der General unerwähnt. Im Gegensatz zur Presse, die auf Instruktion Laidoners ihren Lesern erklärte, dank der Neutralität sei es möglich, sich nicht am Krieg zu beteiligen, äußerte der General vor den Reserveoffizieren die Auffassung, Estland habe in einem europäischen Krieg keine Möglichkeit, Zuschauer zu bleiben.¹³⁶

129 Protokoll einer Sitzung des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten und Landesverteidigung der Staatsversammlung und des Staatsrates, 14.10.1938, in: BA.

130 Gespräch des Oberbefehlshabers der Streitkräfte mit den Chefredakteuren der Zeitungen, 6.10.1938, in: ERA 2553-1-60, Bl. 99.

131 Konspekt zur Vorlesung, die Generalleutnant J. Laidoner am 14.12.1938 in der höheren Militärschule hielt, in: ERA 495-12-224, Bl. 24.

132 Ebenda, Bl. 27.

133 Ebenda, Bl. 7-9.

134 Ebenda, Bl. 29, 30. Siehe auch den Bericht des Oberbefehlshabers der Streitkräfte General Laidoner zur außenpolitischen Lage in der Generalkommission der Hauptversammlung der Staatsversammlung, 14.10.1938, in: ERA 2553-1-60, Bl. 130.

135 Konspekt zur Vorlesung, Bl. 34.

136 Rede des Oberbefehlshabers der Streitkräfte J. Laidoner während eines geselligen Beisammenseins der Reserveoffiziere im Kasino des Zentralverbandes der Tallinner Offiziere, 6.11.1938, in: ERA 2553-1-80, Bl. 2.

Karl Tofer, der estnische Gesandte in Berlin, war der Ansicht, dass infolge des Münchener Abkommens ein großer außen- und militärisch-politischer Erdbebenstoß zu Gunsten Deutschlands stattgefunden habe. Auch er vermutete indes, dass sich die deutsche Expansion eher in den Nahen Osten und auf die Erdölfelder Rumäniens zubewege. Tofer setzte Tallinn zudem davon in Kenntnis, dass in Berlin von einem innenpolitischen Kollaps der Sowjetunion die Rede sei, als eine Krise des Regimes, eine Krise der Partei und eine Krise der kommunistischen Idee an sich.¹³⁷ Der estnische Gesandte in Moskau, August Rei, schätzte die außenpolitische Lage der Sowjetunion nach dem Abschluss des Münchener Abkommens zunächst durchaus pessimistisch ein: Die UdSSR sei von der großen europäischen Politik gänzlich isoliert. Rei zufolge hätte die sowjetische Führung zwei Möglichkeiten erörtert: Erstens, eine Vereinbarung mit Hitler zu treffen und falls notwendig, erhebliche Konzessionen zu machen, und zweitens, sich aus der europäischen Politik zurückzuziehen und dafür die „Weltrevolution“ und die Komintern zu unterstützen. Rei nahm an, dass aufgrund der außenpolitischen Krise in Europa Außenkommissar Maksim Litvinov sein Amt einbüßen und Deutschland seine außenpolitischen Aktivitäten auf Polen richten werde. Aber schon einige Tage später berichtete Rei unter Berufung auf einen ausländischen Gesandten an Tallinn, dass es keine radikalen Veränderungen in der sowjetischen Außenpolitik geben werde.¹³⁸

Tallinn schickte mit Jaan Lattik einen Beobachter in die Tschechoslowakei, der nicht nur ehemaliger Außenminister, sondern auch Vater der Schwiegertochter des Präsidenten Päts war, und in Genf auf den Versammlungen des Völkerbundes bereits mit dem tschechoslowakischen Präsidenten Edvard Beneš gesprochen hatte.¹³⁹ Lattiks Lageberichte wurden im Regierungsorgan „Uus Eesti“ veröffentlicht. Unter dem Titel „Pilvi ei ole enam“ (Es gibt keine Wolken mehr) schrieb er, dass das Münchener Abkommen den europäischen Frieden gerettet habe. Die Abtrennung des Sudetenlandes beurteilte Lattik dabei nicht weiter.¹⁴⁰ Auch Hanno Rahamägi, ein Journalist des „Uus Eesti“, schätzte die Münchener Konferenz durchaus positiv ein: „In Genf sehen wir den blinden Idealismus, in München aber den Realismus, der sich auf die Stärke stützt.“¹⁴¹ Vor dem Münchener Abkommen war die sozialistische „Rahva Sõna“ die einzige Zeitung, die sich traute, zum Schicksal der Tschechoslowakei und zum Münchener Abkommen Stellung zu beziehen. Doch wurden genau diese Stellungnahmen der Zeitung zum Verhängnis: Sie wurde verboten.¹⁴²

Bei der Analyse der Presseartikel muss zwischen den offiziellen und inoffiziellen Stellungnahmen unterschieden werden. Der offizielle „Uus Eesti“ war z.B. die einzige Zeitung, mit der der deutsche Gesandte Frohwein aufgrund ihrer positiven Beurteilung der Münchener Konferenz zufrieden war: „Während die offizielle Position trotz der weitverbreiteten Panik neutral ist, so kann dies nicht über die Einstellung der estnischen Presse behauptet

137 Tofer aus Berlin, 2.12.1938, in: ERA 957-14-573, Bl. 22 f.

138 Rei aus Moskau, 28.10., 1.11.1938, in: ERA 957-14-573, Bl. 92-99.

139 Šejnoha aus Tallinn, 9.10., 15.10.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Tallin 1938 PZ č 1-26/PPZ č I-IV.

140 Uus Eesti vom 9.10., 15.10.1938.

141 Uus Eesti vom 29.9.1938.

142 Rahva Sõna vom 12.8., 2.9., 23.9.1938; Beschluss des Leiters der Inneren Sicherheit, 29.9.1938, in: ERA 852-1-2569, Bl. 27.

werden“.¹⁴³ Während die Redaktion des „Uus Eesti“ bestrebt war, die Ereignisse so zu schildern, wie die Regierung sie sehen wollte, schrieben die Redaktion von „Päevaleht“, „Rahvaleht“ und „Rahva Sõna“ nach Einschätzung des deutschen Gesandten im Prager Geist und ignorierten völlig die Nachrichten des Deutschen Nachrichtenbüros.¹⁴⁴ Tatsächlich war der Prozess der Gleichschaltung der estnischen Presse bis zum September 1938 noch nicht vollendet.¹⁴⁵ Bei der weiteren Beschränkung der Pressefreiheit spielte wieder die deutsche, aber auch die polnische Gesandtschaft eine Rolle. Am 27. Oktober wurde der Chef der Informationsabteilung des staatlichen Propagandadienstes verpflichtet, den Presseorganen die verbindlichen Leitlinien der Regierung hinsichtlich der Innen- und Außenpolitik zu übermitteln.¹⁴⁶

Letland und die tschechoslowakische Krise

Am 13. September schickte der tschechoslowakische Gesandte in Warschau, Juraj Slávik, ein Telegramm an Prag, in dem es um eine Erklärung des lettischen Vertreters in Warschau und Budapest, Miķelis Valters, ging, die dieser nach einem Gespräch mit dem lettischen Präsidenten Kārlis Ulmanis über die entscheidenden Faktoren im Lande gemacht habe. Während bestimmte Kreise in den baltischen Staaten noch für die Neutralität seien, seien die Militärs und die öffentliche Meinung vor allem in Lettland davon überzeugt, dass die drei Staaten¹⁴⁷ im derzeitigen Konflikt nicht neutral bleiben könnten. Sie müssten sich an Frankreich und England anschließen, aber vielleicht auch an die Sowjetunion, da dann, bei einer zeitweiligen Besetzung dieser Länder deren Unabhängigkeit garantiert sei. Valters schloss nicht aus, dass auch Polen sich ein Beispiel an den baltischen Staaten nehmen könnte.¹⁴⁸ Der Inhalt dieser Erklärung wurde am 15. September auch der sowjetischen Gesandtschaft in Riga bekannt.¹⁴⁹ Aus Sláviks Telegramm wird nicht klar, ob Valters mit

143 Frohwein aus Tallinn, 7.10.1938, in: NA II RG-242 T-120 R-190, 40381. Auch der britische Gesandte in Tallinn erwähnte, dass deutschfeindliche Stimmungen in Estland während der tschechoslowakischen Krise stärker als je zuvor zum Ausdruck kamen. Gallienne aus Tallinn, 26.9.1938, in: UKNA FO 371/22229, N4988/349/59.

144 Frohwein aus Tallinn, 7.10.1938, in: NA II RG-242 T-120 R-190, Bl. 40381; vgl. Uus Eesti vom 29.9.1938.

145 Vgl. Magnus Ilmjärv: Hääletu alistumine. Eesti, Läti ja Leedu välispoliitilise orientatsiooni kujunemine ja iseseisvuse kaotus. 1920. aastate keskpaigast anneksioonini [Stumme Unterwerfung. Die Herausbildung der außenpolitischen Orientierung Estlands, Lettlands und Litauens und der Verlust der Unabhängigkeit. Von der Mitte der 1920er Jahre bis zur Annexion], Tallinn 2004, S. 481-486.

146 Beschluss der estnischen Regierung, 27.10.1938, in: ERA 1093-1-6, Bl. 1.

147 Der tschechoslowakische Gesandte in Tallinn, Šejnoha, dem Prag auftrag, Valters' Äußerungen in Tallinn zu erläutern, berichtete am 20. September, dass die baltischen Staaten weniger einheitlich seien als angenommen. In Estland gehe man davon aus, dass sich die Länder von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer angesichts der sowjetischen Gefahr gegen ihren Willen an Deutschland orientieren müssten. Sláviks Telegramm aus Warschau, 13.9.1938, in: Dokumenty československé zahraniční politiky II (wie Anm. 109), Bl. 265 f.

148 Ebenda, Bl. 264 f.

149 Tagebuch des Ersten Sekretärs der sowjetischen Gesandtschaft in Riga, M.S. Vetrov, 30.9.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 171.

einem besonderen Auftrag nach Warschau kam, sodass es sein könnte, dass Valters seine persönliche Meinung ausdrückte. Darauf weist ein Bericht der US-Gesandtschaft vom 14. September hin, in dem es heißt, dass das lettische Außenministerium den Durchmarsch der Armee eines fremden Staates ausschließt.¹⁵⁰

Es hat den Anschein, dass die Mehrheit der lettischen Militärs mit der Sowjetunion sympathisierte, dies geht jedenfalls aus den Informationen des tschechoslowakischen Militärattachés in Lettland, Oldřich Farský, hervor. Nachdem dieser im August in derselben Funktion nach Moskau versetzt worden war,¹⁵¹ versicherte ihm noch am 24. September sein lettischer Kollege, Oberstleutnant Jānis Zālītis, im Namen der drei baltischen Staaten, dass diese auf der Seite der Sowjetunion stünden, sollten Deutschland und Polen die Tschechoslowakei angreifen und Moskau Prag Hilfe leisten.¹⁵² Zālītis hatte bereits früher sowjetischen Diplomaten gegenüber erklärt, er sei der Sowjetunion gegenüber freundlich gesinnt.¹⁵³ Auch der Stellvertreter des Stabschefs der lettischen Streitkräfte, General Roberts Dambītis, beteuerte einem sowjetischen Diplomaten gegenüber an einem der letzten Septembertage, dass die Sowjetunion wohl einen Krieg führen müsse und mit dem ihr freundlich gesonnenen Lettland unter gewissen Voraussetzungen Einvernehmen erzielen könne.¹⁵⁴ Der lettische Vizepräsident und Kriegsminister Jānis Balodis wiederum war nicht wählerisch in seinen an deutsche Stellen gerichteten Äußerungen; Gerüchte über seine sowjetfreundliche Haltung waren auch in der Bevölkerung weit verbreitet.¹⁵⁵ Offenbar befürwortete er ein aktives Eingreifen der Sowjetunion in Europa. So hatte er am 23. Februar 1938 auf einem Empfang der sowjetischen Gesandtschaft anlässlich des Jahrestages der Gründung der Roten Armee verkündet, dass seine Sympathie der Sowjetunion gelte.¹⁵⁶ Hohe lettische Militärs betonten ihr Wohlwollen gegenüber Rumänien, mit dem wiederum Prag freundschaftliche Beziehungen unterhielt. So berichtete der rumänische Gesandte in Riga, Vasile Stoica, viele lettische Militärs, darunter drei Generäle und der Oberbefehlshaber der Seestreitkräfte, empfänden große Verehrung für den König, die Regierung und die Rumänen insgesamt; ihrer Ansicht nach sei eine feste Haltung Bukarests von weitreichender moralischer Bedeutung.¹⁵⁷ Jūlijs Druva, der Präsident der staatlichen Kammer für Literatur und Kunst und Vorsitzende des lettischen Journalistenverbandes, überzeugte Ende

150 Packers Telegramm aus Riga, 14.9.1939, in: NA II RG-59 M1177, R-9.

151 Oberst Oldřich Farský wurde 1936 als tschechoslowakischer Militärattaché in allen drei baltischen Staaten mit Sitz in Riga akkreditiert. Im Februar 1938 entschied das Prager Verteidigungsministerium, František Destrlich zum 1. August 1938 als Militärattaché in Moskau abzuberaufen und Farský an dessen Stelle zu ernennen, Farský sollte für Litauen zuständig bleiben, Estland und Lettland von dem bisherigen Militärattaché in Warschau, Oberst Prokop Kumpošta, übernommen werden. Skalický aus Kaunas, 16.2.1938; tschechoslowakisches Verteidigungsministerium an das Außenministerium, 11.2.1938; tschechoslowakische Gesandtschaft in Kaunas an das litauische Außenministerium, 4.7.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 1938/3.

152 Gespräch G.I. Osetrovs, des provisorischen Leiters der Außenbeziehungen des Volkskommissariats für Verteidigung, mit Farský, 24.9.1938, in: LC Volkogonov R-10.

153 Siehe z.B. Zotovs Tagebuch, 2.8.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 138.

154 Vetrov's Tagebuch, 30.9.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 140, 169.

155 Stranga, Latvia (wie Anm. 13), S. 15.

156 Zotovs Tagebuch, 5.2.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 40.

157 Stoica aus Riga, 25.10.1938, in: Silviu Miloiu, Ēriks Jēkabsons u.a. (Hrsg.): The Romanian-Latvian Relations. Diplomatic Documents (1918–1958), Targoviste 2012, S. 353.

Oktober den tschechoslowakischen Gesandten Pavel Baráček-Jacquier, dass Ulmanis Sympathie für die Tschechoslowakei hege. Auf Baráček's Frage, welche Perspektiven sich für Lettland angesichts der sowjetisch-deutschen Beziehungen ergäben, meinte Druva, Lettland sei im Falle eines Konflikts gehalten, die Sowjetunion auch dann zu unterstützen, wenn es dadurch seine Unabhängigkeit verlieren sollte. Dafür bewahre es wenigstens seine nationale Identität.¹⁵⁸

Gerüchten zufolge hatte Moskau während der kritischen Septembertage U-Boote in die Rigaer Bucht geschickt und Fliegerstaffeln an der lettischen Grenze stationiert.¹⁵⁹ Am 29. September veröffentlichte die regierungsfreundliche, halbamtliche Zeitung „Brīvā Zeme“ zur Beruhigung der Bevölkerung einen Aufruf von Präsident Ulmanis, nicht ängstlich zu sein, schließlich bleibe die Hoffnung, dass der Krieg verhindert werden könne und sei dies auch im allerletzten Moment. Die tschechischen Diplomaten in Riga charakterisierten die Stimmung in Lettland nach der Münchener Konferenz als germanophob, emotional jedoch russo- und anglophil. Baráček stellte Deutschlandfeindlichkeit auch bei Regierungsmitgliedern fest: „Alle Minister, mit denen sich der Gesandte unterhielt, machten auf mehr oder weniger verständliche Weise deutlich, dass sie gegenüber Deutschland negativ eingestellt seien.“¹⁶⁰ Diese Behauptung beruhte jedoch auf der aktuellen Stimmung in Lettland. Bei Weitem nicht alle Regierungsmitglieder teilten Druvas prosovietische Auffassung. Am 18. August erklärte der lettische Minister für Öffentliche Angelegenheiten, Alfreds J. Berziņš, dem sowjetischen Gesandten Zotov und dem Geheimdienstvertreter Ivan Čičaev, dass kein fremder Soldat Lettland durchqueren dürfe und dass weder eine moralische noch physische Demütigung geduldet werde.¹⁶¹ Dem polnischen Gesandten in Riga gegenüber meinte Berziņš, Lettland verfüge zwar nur über eine kleine Armee, doch könne es dessen ungeachtet in keinem Fall einen sowjetischen oder deutschen Durchmarsch zulassen und werde seinen Möglichkeiten entsprechend Widerstand leisten.¹⁶² In mehreren Berichten Baráček's und in dessen Gesprächen mit in Riga akkreditierten Diplomaten wurden Ulmanis, Munters und die lettische Regierung beschuldigt, sich außenpolitisch an Deutschland zu orientieren.¹⁶³

Der polnische Militärattaché berichtete, dass es selbst im lettischen Offizierskorps polenfeindliche Stimmungen gab, die auf einer speziellen Konferenz zum Thema Tschechoslowakei geäußert worden seien.¹⁶⁴ Auch in Lettland kamen im Sommer und Herbst 1938 Zweifel auf, ob Polen nicht einen geheimen Bündnisvertrag mit Deutschland abschließen würde. Es breiteten sich Gerüchte über polnisch-deutsche Pläne zur Besetzung Litauens und Lettlands aus.¹⁶⁵ So erkundigte sich Berziņš beim polnischen Gesandten Jerzy Kłopotowski

158 Baráček aus Riga, 31.10.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Riga 1938 PZ č 1-14/PPZ č III-IV.

159 Vetrovs Tagebuch, 20.10.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 181; v. Grundherr's Memorandum, in: NA II RG-242 T-120 R-1371, D525580.

160 Baráček aus Riga, 22.11.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Riga 1938 PZ č 1-14/PPZ č III-IV.

161 Zotov's Tagebuch, 19.8.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 150.

162 Bericht des polnischen Militärattachés in Riga, Feliks Brzeskwinski, 27. 9.1938, in: AAN Sztab Główny 616/357.

163 Baráček aus Riga, 17.10, 21.10.1938, in: MZV; siehe auch Zotov's Tagebuch, 18.7.1938, in: AVP RF 05-18-145-107, Bl. 126.

164 Brzeskwinski aus Riga, 27. 9.1938, in: AAN Sztab Główny 616/357.

165 Chef des polnischen Geheimdienstes des Grenzschutzkorps, Jan Gurb'ski, an den Chef der

darüber, ob Polen und Deutschland außer dem Nichtangriffspakt von 1934 noch irgendeinen geheimen Vertrag abgeschlossen hätten.¹⁶⁶

Außenminister Munters drückte dem tschechoslowakischen Gesandten in Riga seine Entrüstung über die Beschlüsse der Münchener Konferenz aus, ginge doch seiner Ansicht nach damit eine Bedrohung an die Adresse der westlichen Demokratien einher. „Sie [die westlichen Demokratien; M. I.] zahlen damit, dass sie in der ganzen Welt an Prestige und Einfluss einbüßen. Frankreich ist zu einer Großmacht zweiten Ranges herabgesunken. [...] Über Frankreich kann man sagen – ‚Tout est perdu, y compris l’ honneur‘. [...] Aber auch England kommt seine Schwäche teuer zu stehen.“¹⁶⁷ Munters ging nicht davon aus, dass die Rote Armee zu einer längeren Kriegführung fähig sei, stehe doch die Sowjetunion aufgrund ihrer Innenpolitik am Rand einer Katastrophe. Zur selben Zeit, in der dieses Gespräch stattfand, stellte der britische Gesandte Charles W. Orde Munters die Frage, wie er bzw. seine Regierung die jüngsten Ereignisse in Europa beurteile. In Ordes Bericht hieß es über Munters: „I found him greatly relieved that thanks to the Prime Minister’s efforts peace had been preserved. [...] Mr. Munters agreed that it was great gain from the Prime Minister’s visits to Germany that they had provoked open manifestations of the desire for peace among the ordinary population“.¹⁶⁸

In der lettischen Presse wurde nicht ausdrücklich die Unterstützung für die Tschechoslowakei geäußert. So veröffentlichte etwa „Brīva Zēme“ am 5. Oktober einen Leitartikel unter dem Titel „Gedanken über aktuelle Ereignisse unserer Zeit“ aus der Feder des französischen Publizisten Henry de Chambon, der sich oft mit Fragen der baltischen Politik auseinandersetzte. Ihm zufolge war in Europa eine neue Ordnung im Entstehen, und die Münchener Konferenz stelle den Ausgangspunkt für eine neue Politik dar. Die Tschechoslowakei habe zwar nach Sicherheitsgarantien gesucht, doch habe ein einziger Windstoß alles wie eine Seifenblase zerstört. Der Autor fürchtete, dass Deutschland seinen Blick nun auf die englischen und französischen Kolonien richten könnte. Die der Regierung nahe stehende Zeitung „Rīts“ sprach der Tschechoslowakei in nachsichtigem Ton ihre Anteilnahme daran aus, dass Prag das industriell entwickelte Sudetenland eingebüßt habe und dass nun die Bevölkerungszahl wie der Export des Landes sinke. Die Verbündeten hätten die Tschechoslowakei im Stich gelassen. Aus Prager Sicht könne es keinen Grund geben, vom Fortbestand des Friedens zu sprechen.¹⁶⁹

Zweifellos veröffentlichte die lettische Presse aus ausländischen Zeitungen übernommene Nachrichten und Artikel, in denen Polen und Deutschland in etwas ungünstigem Licht erschienen. Besonderen Ärger erregte bei den polnischen Diplomaten jedoch ein aus der litauischen Presse übernommener Text, der in der in Riga herausgegebenen deutschsprachigen „Baltischen Korrespondenz“ abgedruckt wurde. Hierin seien die territorialen Forderungen Polens an die Tschechoslowakei verzerrt dargestellt worden.¹⁷⁰ Ein Anfang November abgefasster Bericht Kłopotowskis lässt erkennen, dass der Gesandte nach wie vor mit der

IV. Unterabteilung der II. Abteilung des Generalstabes, 20.10.1938, in: AAN Sztab Główny 616/334.

166 Brzeskwinski aus Riga, 27. 9.1938, in: AAN Sztab Główny 616/357.

167 Baráček aus Riga, 17.10.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Riga 1938 PZ č 1-14/PPZ č III-IV.

168 Orde aus Riga, 14.10.1938, in: UKNA FO 371/22227, N223/223/59.

169 Rīts vom 6.10.1938.

170 Brzeskwinski aus Riga, 27.9.1938, in: AAN Sztab Główny 616/357.

lettischen Presse unzufrieden war. Aus demselben Bericht geht hervor, dass Munters die lettischen Journalisten wiederholt instruiert habe, „vernünftigen Objektivismus und äußerste Bescheidenheit bei der Darlegung der Meinungen der Franzosen und Engländer zu erreichen“.¹⁷¹

Aufgrund der Kursänderung der „großen Politik“ und der dadurch bedingten deutschfeindlichen Erscheinungen in der lettischen Öffentlichkeit sah sich Munters gezwungen, Stellung zu nehmen. Er fasste seine Schlussfolgerungen über den Zusammenbruch des Versailler Systems im einflussreichen lettischen Magazin „Sējējs“ und auch in der militärischen Zeitschrift „Lāčplēsis“ zusammen. Der erste Aufsatz wurde auch in der „Rigaschen Rundschau“ veröffentlicht.¹⁷² Hierin konstatierte Munters, dass sich „das dynamische Zentrum Europas“ infolge der Ereignisse des Jahres 1938 nach Deutschland verlagert habe und dass das Versailler System zusammengebrochen sei. Gegen die Behauptung, die lettische Armee hätte der Tschechoslowakei Hilfe leisten können, wandte er ein, dass kein Land den Durchmarsch fremder Truppen freiwillig zulassen werde. Den Einwand, Deutschland werde sich nicht damit begnügen, was es in München erreicht hatte, konterte Munters mit der Überzeugung, man dürfe Hitler schon glauben, dass das Reich keine weiteren territorialen Ansprüche in Europa mehr erhebe. Lettland jedoch setze sein Vertrauen nicht mehr auf den Völkerbund, da man sich von überholten Ansichten lossagen müsse. Im Kern aber ging es in seinem Aufsatz um die Neutralität. Munters' Aufruf, sich auch außenpolitisch an einem neuen Europa zu orientieren, erregte bei den in Riga akkreditierten Auslandsvertretern erhebliches Aufsehen.¹⁷³ Unter dem „neuen Europa“ verstand Munters das Deutsche Reich.

Litauen und die tschechoslowakische Krise

Auch in Kaunas wurden die Ereignisse in der Tschechoslowakei aufmerksam verfolgt. Die tschechoslowakische Regierung wurde in der litauischen Presse dafür kritisiert, die Anhänger der von der NSDAP unterstützten Sudetendeutschen Partei unter Konrad Henlein zu nachsichtig behandelt zu haben.¹⁷⁴ In der Sicht der ausländischen Beobachter seien die litauische Öffentlichkeit und die Regierung Ende September 1938 fassungslos gewesen. Während der Tage der Krise hoben wie in Riga auch hier die Menschen ihr Erspartes von den Konten ab. Gerüchte besagten, Litauen habe mit der Sowjetunion einen Vertrag geschlossen und werde am 1. Oktober die allgemeine Mobilmachung anordnen. In der Öffentlichkeit und in der Armee wurde zum Teil darauf gehofft, Litauen werde aufgrund der internationalen Lage Vilnius zurück erhalten, sollte Polen in den Krieg mit der Tsche-

171 Kłopotowski aus Riga, 3.11.1938, in: NA II RG M1751 R-34.

172 Lāčplēsis (1938), Nr. 6; Sējējs (1938), Nr. 11; Rigasche Rundschau vom 5.11.1938.

173 Baráček aus Riga, 16.11.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Riga 1938 PZ č 1-14/PPZ č III-IV. Munters' Bereitschaft, sich den Politikern des „neuen Europa“ anzunähern, äußerte sich wohl auch in seiner in Genf abgegebenen Erklärung, in der er Carl J. Burckhardt, dem Oberkommissar der Freistadt Danzig, den Vorschlag unterbreitete, der Danziger NS-Gauleiter Albert M. Forster könne die baltischen Staaten besuchen. Chodacki aus Gdańsk, 6.10.1938, in: NA II M1751 R-34.

174 Dejmek, Československo a Litva (wie Anm. 19), S. 122.

choslowakei und der Sowjetunion hineingezogen werden.¹⁷⁵ Laut den Ausführungen des tschechoslowakischen Gesandten Jan Skalický hegte die Militärführung die Befürchtung, der Durchmarsch der Roten Armee könne einen Anstoß zur Bolschewisierung Litauens geben.¹⁷⁶ Auf dem Höhepunkt der Krise kamen in Litauen weitere Gerüchte in Umlauf, nach denen Berlin auf Kaunas Druck ausübe, um sich auf litauischem Gebiet Handlungsfreiheit im Falle des sowjetischen Durchmarsches zu sichern.¹⁷⁷ Nach Informationen der sowjetischen Militäraufklärung erhielt der litauische Armeestab am 26. September die Nachricht, dass in Ostpreußen die allgemeine Mobilmachung angeordnet worden sei.¹⁷⁸

Ende Oktober lösten Gerüchte über mögliche weitere polnische Aktionen bereits Panik aus. Selbst nach Ankara gelangte die Nachricht, dass Polen einen Staatsstreich in Litauen vorbereite und dass die Sowjetunion im Falle eines polnischen Angriffs auf Litauen eingreifen werde.¹⁷⁹ In Kaunas hieß es, Deutschland und Polen wollten einen Pakt zum Nachteil Litauens abschließen. Am 25. Oktober berichtete Aleksej Merekalov, der sowjetische Botschafter in Berlin, von einem angeblichen baldigen Treffen Hitlers mit Beck in Frankfurt an der Oder, auf dem die Frage einer gemeinsamen Grenze zwischen Polen und Ungarn erörtert werden würde und eventuell auch über Gdańsk (Danzig) und Klaipėda (Memel) sowie über die Teilung Litauens gesprochen werden könnte.¹⁸⁰ Merekalov zufolge seien die litauischen Diplomaten deprimiert und glaubten nach den Ereignissen in der Tschechoslowakei nicht an die Möglichkeit einer Hilfe von außen. Anfang Oktober kamen Gerüchte in Umlauf, die sich angeblich auf eine im „Kurjer Krakowski“ veröffentlichte Nachricht der polnischen Nachrichtenagentur stützten, Berlin habe von Kaunas die Revidierung des englisch-litauischen Handelsvertrags und die Einstellung der Zusammenarbeit mit Moskau gefordert. Vermeintlich sei in der Note mitgeteilt worden, dass Berlin bereit sei, alle für den Export nach England vorgesehenen litauischen Milchprodukte zu erwerben und einen Nichtangriffspakt abzuschließen, wenn Litauen Deutschlands Forderungen nachkomme.¹⁸¹

Das litauische Außenministerium bat die Warschauer Gesandtschaft um Informationen darüber, was für antilitauische Aktionen Polen durchführen könne.¹⁸² Eventuell aus diesem Grunde erklärte Beck Ende Oktober, dass die Behauptungen, das Deutsche Reich und

175 Der Chef des Geheimdienstes des Grenzschutzkorps (wie Anm. 104); vgl. auch Leon Mitkiewicz: *Wspomnienia Kowieńskie* [Kaunaer Erinnerungen], London 1968, S. 106 f.

176 Skalický aus Kaunas, 30.9.1938, in: *Dokumenty československé zahraniční politiky II* (wie Anm. 109), S. 467 f.

177 Ebenda, S. 468 f.

178 Nachricht an den NKVD aus Kaunas, 26.9.1938, in: *Rossijskij gosudarstvennyj voennyj archiv* [Russländisches staatliches Militärarchiv, Moskau], 33987-3-1144, Bl. 348.

179 Bericht des britischen Botschafters in Ankara, Percy Loraine, 28.10.1938, in: UKNA FO 371/22218, N5297/1/59.

180 Merekalov aus Berlin, 25.10.1938, in: Grigorij N. Sevost'janov (Hrsg.): *Moskva-Berlin. Politika i diplomatija Kremlja 1920–1941. Sbornik dokumentov v trech tomach. Tom 3: 1933–1941* [Moskau-Berlin. Politik und Diplomatie des Kremls 1920–1941. Dokumentensammelband in drei Bänden. Bd. 3: 1933–1941], Moskau 2011, S. 270.

181 Siehe das Memorandum des Leiters des Central Department des FO, William Strang, 4.10.1938, in: UKNA FO 371/22220, N4885/2/59.

182 Vgl. Bukelevičiūte, *Lietuvos ir Čekoslovakios dvišalių santykių dinamika* (wie Anm. 10), S. 134.

Polen hätten sich auf Kosten Litauens geeinigt, nichtig seien.¹⁸³ Andererseits wurde die britische Regierung gefragt, ob sie in Anbetracht der antilitauischen Agitation in Polen und angesichts der deutschen Propaganda hinsichtlich der Klaipėda-Frage annehme, dass Polen und Deutschland gegen Litauen vorgehen würden.¹⁸⁴ Die Gerüchte, dass die Sowjetunion in einen eventuellen Konflikt zwischen Polen und Litauen eingreifen werde, versetzten auch London in Unruhe. Aus Moskau trafen jedoch beruhigende Nachrichten ein: Es seien zwar gewisse Drohungen möglich, doch sei ein Eingriff der Sowjetunion aufgrund ihrer inneren und militärischen Schwäche nicht wahrscheinlich.¹⁸⁵ Die Gerede von den deutschen Ansprüchen im Hinblick auf den englisch-litauischen Handelsvertrag erregten in London ebenfalls Ärger. Es hieß in Reaktion darauf, dass sich die Regierung Seiner Majestät allen Versuchen widersetzen werde, den Handelsbeziehungen beider Länder zu schaden.¹⁸⁶ Die vorhandenen Archivmaterialien lassen immerhin den Schluss zu, dass London etwas zur Unterstützung Litauens tat. Man führte einige Gespräche mit polnischen Diplomaten, um diese zu ermahnen, Ruhe und Gelassenheit zu bewahren. So schrieb der britische Geschäftsträger in Kaunas, Thomas Preston, dem FO, er habe dem polnischen Gesandten in Kaunas, Franciszek Charwat, erklärt, „that I did not think that there would be any necessity for the Poles to carry out their threats.“ Charwat wiederum drückte daraufhin wahrscheinlich die Position seiner Regierung aus, indem er nachdrücklich erklärte, dass in der veränderten politischen Lage Europas ein kleines Land wie Litauen die Wünsche von 35 Mio. Polen zu berücksichtigen habe.¹⁸⁷

Der litauische Außenminister Lozoraitis äußerte dem tschechoslowakischen Gesandten Skalický gegenüber seine Sympathie für die Tschechen und Slowaken in deren Kampf um die Bewahrung der Grundlagen der europäischen Werte. Das Münchener Abkommen habe er als äußerst negativ empfunden, denn es führe zum Vertrauensverlust in Hinblick auf die alten und neuen Verträge sowie zum Zusammenbruch des bisherigen europäischen Sicherheitssystems.¹⁸⁸ Auch andere litauische Diplomaten machten ihre Emotionen bezüglich des Münchener Abkommens in ihren Berichten an das Außenministerium deutlich: Im Bericht des litauischen Gesandten in Paris, Petras Klimas, finden sich Ausdrücke wie „das Zeitalter des internationalen Gangstertums“, „eine durchaus egoistische, prinzipienlose Politik“ oder „die Verneinung der internationalen Moral“.¹⁸⁹

Die Haltung der litauischen Bevölkerung zu den Ereignissen unterschied sich in den verschiedenen nationalen Gruppen erheblich. Laut den Ausführungen des litauischen Historikers Saulius Kaubrys ergibt sich auf der Grundlage der von ihm genutzten Materialien der litauischen Staatssicherheit ein eindeutiges Bild für die Mehrheit der Litauer, die Sympathie

183 Siehe das Telegramm des britischen Botschafters in Moskau, Viscount Chilston, 7.11.1938, in: UKNA FO 371/22219, N5377/1/59.

184 Colliers Note, 18.10.1938, in: UKNA FO 371/22220, N5046/2/59; Telegramm des Foreign Office an Kennard, 24.10.1938, in: UKNA FO 371/22218, N5167/1/59.

185 Chilstons Telegramm, 7.11.1938, in: UKNA FO 371/22219, N5377/1/59.

186 Siehe Parliamentary question vom 6.10.1938, in: UKNA FO 371/22220, N4908/2/59.

187 Preston aus Kaunas, 26.10.1938, in: UKNA FO 371/22219, N5314/1/59.

188 Skalickýs Berichte aus Kaunas, 16.9., 30.9.1938, in: Dokumenty československé zahraniční politiky II (wie Anm. 109), S. 467-469; Skalický aus Kaunas, 22.9.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Kaunas 1938 PZ č 1-39/PPZ č I-III.

189 Vgl. Laurinavičius, 1938 metų Sudetų krizė ir Lietuva (wie Anm. 20), S. 160.

für die Tschechoslowakei und die Sowjetunion hegten, Deutschland und Polen gegenüber jedoch feindselig eingestellt waren. England und Frankreich wurden des Verrats beschuldigt. Die in Litauen lebenden Polen und Deutschen nahmen dabei insbesondere einen Verlust der eigenen Sicherheit wahr. Kaubrys meint, die Tschechoslowakei, die bei den Litauern den Status eines progressiven Staates genoss, sei zu einem eigenartigen Maßstab geworden, denn angesichts der Ereignisse in Mitteleuropa begann man daran zu zweifeln, ob es dem eigenen Staat gelingen könne, Klaipėda zu halten. Die polnischen und deutschen nationalen Minderheiten jedoch hätten genau umgekehrt auf die Ereignisse reagiert: Sie freuten sich über die Expansion ihrer jeweiligen historischen Heimat. Beide Gruppen hätten ihre Bemühungen darum verstärkt, größere Rechte für sich zu fordern. Der „Anschluss“ Österreichs und das Münchener Abkommen riefen bei vielen litauischen Deutschen Euphorie hervor, so dass ihr Interesse an einer Autonomie Klaipėdas zunahm.¹⁹⁰

Der polnische Militärattaché in Kaunas, Leon Mitkiewicz, betonte in seinen Memoiren, dass die Litauer Polen wegen der Besetzung Teschens heftig kritisiert hätten.¹⁹¹ Auch der estnische Gesandte in Kaunas, Aleksander Warma, schrieb, nach Ansicht der Litauer hätten die Polen die am Boden liegenden Tschechen mit den Füßen getreten.¹⁹² Der tschechoslowakische Gesandte Skalický berichtete von Bürgern und Korporationen, die Geld für die Tschechoslowakei gestiftet und freiwillige Hilfe angeboten hätten.¹⁹³

Ungeachtet des repressiven Pressegesetzes, das am 16. November 1935 in Kraft getreten war,¹⁹⁴ wurden sowohl vor als auch nach dem Abschluss des Münchener Abkommens Sympathieerklärungen für die Tschechoslowakei in der Presse und im Radio abgegeben. Die litauische Regierung ließ dies geschehen. So schrieb „Lietuvos Žinios“ am 21. September, dass britische Arbeiter den von der eigenen Regierung erarbeiteten Plan der Teilung der Tschechoslowakei als Verrat und Schande bezeichneten. Die Zeitung fügte ihrerseits hinzu, dass dies umso schändlicher sei, weil damit alles verraten werde, was moralisches Gewicht besitze und worauf man gehofft habe.¹⁹⁵ „XX Amžius“ schrieb am selben Tag, die meisten Kleinstaaten hätten ihr Vertrauen bisher auf Paris und London gesetzt, was nun nicht mehr möglich sei. Die Demokratien hätten eine andere Stadt dem Frieden zum Opfer gebracht, seien nunmehr desorientiert und bereiteten sich auf ihr eigenes Ende vor. Die Zeitung stellte pessimistisch fest, dass die kleinen Länder sich über jede Stunde der Freiheit freuen und dies bewusst ausnutzen sollten.¹⁹⁶ Fasst man die Beurteilungen der litauischen Presse zusammen, so sind folgende dominierende Aspekte zu erkennen: Zunächst einmal wurden die Ambitionen Deutschlands, Polens und Italiens kritisiert. Bis zum Münchener Abkommen blieb jedoch die Hoffnung, England und Frankreich würden den Frieden schon zu schützen

190 Vgl. Saulius Kaubrys: Čekoslovakijos likiminės peripetijos Lietuvos visuomenės recepcijoje 1938–1939 m. [Der schicksalshafte Umschlag in der Tschechoslowakei in der Rezeption der litauischen Gesellschaft 1938–1939], in: Švec, Šeferis (Hrsg.), Češi, Litevci a středoevropský vektor (wie Anm. 10), S. 195–218, hier S. 201–205.

191 Mitkiewicz, Wspomnienia (wie Anm. 175), S. 105 f.

192 Warma aus Kaunas, 9.10.1938, in: ERA 957-14-572, Bl. 39.

193 Skalický aus Kaunas, 22.9.1938, in: MZV Trezorovė spisy II/1 Kaunas 1938 PZ č 1-39/PPZ č I-III.

194 Vyriausybės Žinios vom 16.11.1935; Lietuvos Aidas vom 19., 21.11.1935; Rytas vom 7.1.1936.

195 Lietuvos Žinios vom 21.9.1938.

196 XX Amžius vom 21.9.1938.

wissen. Später jedoch erklang auch Kritik an den Demokratien. Der Völkerbund und das Prinzip der kollektiven Sicherheit wurden generell als Garanten des Friedens angesehen, weshalb die Stellungnahme zum Art. 16 und die bedingungslose Neutralität für Litauen als nachteilig gesehen wurden.

München stellte Litauen vor die Wahl. „Das Schicksal der Tschechoslowakei öffnete dem Land in brutaler Weise die Augen. [...] Es wurde deutlich, dass der bisherige Kurs unverzüglich zu ändern und eine völlig neue außenpolitische Richtung einzuschlagen war.“¹⁹⁷ So jedenfalls charakterisierte die Lage des Landes der finnische Gesandte in Riga und Kaunas, Eduard Palin. Auch Skalický schätzte die Situation ähnlich ein: Ein kleines Land wie Litauen habe sich gleich vor der Frage gesehen, was aus ihm in der Zukunft werde.¹⁹⁸ Am 20. Oktober fand eine Konferenz der in den europäischen Staaten akkreditierten litauischen Gesandten statt,¹⁹⁹ bei der die außenpolitische Orientierung diskutiert wurde. Man war der Ansicht, Frankreich habe nach dem Abschluss des Münchener Abkommens an Prestige verloren; man könne infolge der wirtschafts- und innenpolitischen Schwierigkeiten des Landes nicht mehr auf Pariser Unterstützung zählen. Bezüglich Englands war man der Ansicht, London könne ausschließlich politische und moralische Hilfe leisten. Hinsichtlich der Sowjetunion wurde festgestellt, dass in Anbetracht des Münchener Abkommens und der im März erfolgten „Normalisierung“ der Beziehungen mit Polen der sowjetische Einfluss auf Litauen beinahe verschwunden sei. Insgesamt kam man zu der Einsicht, dass man der Erklärung des Außenministers zum Art. 16 folgen sollte, und dass in der Klaipėda-Frage kaum mit wirksamer Unterstützung Englands und Frankreichs gerechnet werden könne. Daher sei Litauen gehalten, außenpolitisch großen Wert auf die Beziehungen mit Deutschland und Polen zu legen, sich bedingungslos neutral zu verhalten und die Klaipėda-Frage zu lösen. Die Gesandten waren jedoch nicht dafür, sich völlig an Deutschland zu orientieren.²⁰⁰ Die Öffentlichkeit wurde über diese Konferenz nicht informiert. Die der Regierung nahe stehende Zeitung „Lietuvos Aidas“ berichtete nur, dass es in Anbetracht dessen, dass Europas politische und moralische Prinzipien der letzten 20 Jahre an Bedeutung eingebüßt hätten, darauf ankäme, in der Außenpolitik neue Methoden anzuwenden, und Litauen daher seine Neutralität verfolgen werde.²⁰¹

Am 28. November sandte Lozoraitis ein Memorandum an zehn litauische Gesandtschaften, das Leitlinien für deren zukünftiges Handeln enthielt.²⁰² An wichtigster Stelle standen die Beziehungen mit Deutschland. Litauen sei bestrebt, auf legale und friedliche Weise die Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung des Status von Klaipėda zu schlichten, und zu solchen Zugeständnissen bereit, die mit der Unabhängigkeit des Landes und seinen internationalen Verpflichtungen im Einklang stünden. Der Gesandte in Berlin sollte sich erkundigen, ob Berlin die litauischen Bestrebungen zur Verbesserung der Beziehungen

197 Palin aus Riga, 7.11.1938, in: UM 5C/26.

198 Skalický aus Kaunas, 22.9.1938, in: MZV Trezorové spisy II/1 Kaunas 1938 PZ č 1-39/PPZ č I-III.

199 Lietuvos Aidas vom 19.10.1938.

200 Ōpiks Memorandum, 1.11.1938; Warma aus Kaunas, 25.10.1938, in: ERA 957-14-572, Bl. 67 f.; Palin aus Riga, 7.11.1938, in: UM 5C/26; Just aus Kaunas, 2.11.1938, in: NA II RG-242 T-120 R-1146, 449633-449637.

201 Lietuvos Aidas vom 22.10., 23.10.1938.

202 Lozoraitis Memorandum, 28.11.1938, in: LCVA 648-1-53, Bl. 326-333.

billige, und welche Wünsche Deutschland für die Normalisierung des gegenseitigen Verhältnisses hege. Um Vertrauen in Litauen zu erwecken und die Deutschen im Klaipėda-Gebiet zu neutralisieren, sollte der Gesandte bei der deutschen Regierung um eine Garantie der territorialen Unversehrtheit Litauens ersuchen. Lozoraitis betonte, die litauische Regierung wolle neutral bleiben und versuche alles zu vermeiden, was Deutschland als gegen sich gerichtet empfinden könnte. Der Gesandte sollte die Neuausrichtung der litauischen Außenpolitik zunächst im Auswärtigen Amt und danach auch Hitler persönlich erläutern.²⁰³ Es sei angemerkt, dass der litauische Gesandte in Moskau, Jurgis Baltrušaitis, im Volkskommissariat für Auswärtige Angelegenheiten nicht die Absicht seines Landes verhehlte, sich außenpolitisch zukünftig stärker an Deutschland zu orientieren.²⁰⁴

An zweiter Stelle nach Deutschland kam Polen. Hier waren psychologische Faktoren wichtig, unter denen die Beziehungen zwischen beiden Ländern litten, aber auch Möglichkeiten, diese zu verbessern. Lozoraitis zufolge war Litauen bereit, Polen Zugeständnisse zu machen.²⁰⁵

Am 2. November fand im litauischen Armeestab eine hochrangige Versammlung statt, auf der Oberbefehlshaber Stasys Raštikis in seiner Analyse der internationalen Lage erklärte, dass Litauen in der entstandenen Situation Rücksicht auf Deutschland nehmen und die Wirtschaftsbeziehungen zu ihm ausweiten müsse. Dabei dürfe man nichts unternehmen, was als Widerstand gegen deutsche Absichten ausgelegt werden könnte. Die deutsche Einverleibung von Klaipėda hielt der Militärführer aber nicht für aktuell; möglicherweise wollte er keine Unruhe stiften. Im Hinblick auf Polen erklärte Raštikis, dass in der Vergangenheit Fehler gemacht worden seien. So habe man nicht vorausgesehen, dass Litauen in seinen Beziehungen zu Polen Spannungen vermeiden sollte.²⁰⁶

Schlussfolgerungen

Der estnische und lettische Entschluss, den Art. 16 für unverbindlich zu erklären, ging auf die Position und das Vorbild der skandinavischen Länder, aber auch auf den Druck Deutschlands und Polens zurück. Die entsprechende litauische Erklärung lässt sich wiederum auf den Druck Estlands und Lettlands zurückführen. Die Haltung der drei Staaten zum Art. 16 bedeutete für die Tschechoslowakei und die Sowjetunion faktisch, dass der Roten Armee im Falle des Versuchs der militärischen Hilfe für Prag Widerstand geleistet werden würde. Diese Politik der Grenzstaaten bedeutete die Errichtung einer symbolischen antisowjetischen Barriere, welche durchaus eine nicht ganz unbedeutende Rolle bei den Ereignissen im September/Oktober 1938 spielte.

Die Unverbindlichkeitserklärung des Art. 16 wurde in den Kleinstaaten damit begründet, dass die Effektivität des Völkerbundes bei der Lösungssuche im Falle einer Krise geringer

203 Ebenda, Bl. 327-329.

204 Tagebuch Litvinovs. Empfang von Baltrušaitis, 21.12.1938, in: AVP RF 05-18-138-6, Bl. 279.

205 Ebenda, Bl. 329 f. Die Beziehungen zu weiteren Ländern wurden erwähnt, doch waren sie von weitaus geringerer Bedeutung.

206 Vertrauliche Mitteilung des Oberbefehlshabers der Armee, Generals Raštikis, 2.11.1938, in: AAN Sztab Główny 16/324.

geworden sei; bei einer internationalen Zuspitzung wollten die Kleinstaaten nicht in die Konflikte der Großmächte hineingezogen werden. Die Kleinstaaten, darunter die baltischen Staaten, die erklärten, in jedem Einzelfall selbst darüber beschließen zu wollen, ob sie sich an den Sanktionen des Völkerbundes beteiligen, beschränkten jedoch so ihre Möglichkeit, selbst bei einer Aggression Hilfe zu erhalten. Ungeachtet dessen, dass auch die lettische und die litauische Regierung während der Krise bestrebt waren, ihre Unparteilichkeit zu demonstrieren, machten mehrere Regierungsmitglieder und Militärs dieser Länder deutlich, dass sie sich näher zur UdSSR hingezogen fühlten als zum skeptisch beäugten Berlin und Warschau. Innerhalb der lettischen Militärführung lässt sich sogar die Bereitschaft erkennen, der Roten Armee den Durchmarsch zu ermöglichen, um gemeinsam Krieg gegen Deutschland zu führen. Die litauische Regierung und Militärführung wiederum bekundeten ihre Sympathie für den Völkerbund. Auch in Litauen gab es Tendenzen, die darauf hindeuten, dass im Ernstfall bei grundsätzlicher Sympathie für die Sowjetunion Deutschland und Polen Widerstand geleistet worden wäre.

Für die Esten in außen- und verteidigungspolitisch entscheidenden Positionen machte die in Lettland und Litauen zur Zeit des Abschlusses des Münchener Abkommens herrschende Stimmung klar, dass sie in einer Krisensituation auf die Partner in der baltischen Entente Lettland (mit dem Estland seit 1921 zudem ein Militärbund verband) und Litauen nicht hoffen konnten. Lettland würde nicht zusammen mit dem Deutschen Reich gegen die Sowjetunion Krieg führen. Das politische Bündnis mit Litauen und Lettland wurde daher für Estland als nachteilig angesehen.

Die estnische und litauische Presse teilte sich im Hinblick auf die Einstellung zur tschechoslowakischen Krise in ein offizielles und ein oppositionelles Lager. Das offizielle war bestrebt, die Bevölkerung zu beruhigen und zu demonstrieren, dass nichts Besonderes passiert wäre. Das oppositionelle Lager hingegen erklärte, dass Deutschland eine aggressive Gewaltpolitik betreibe, Frankreich und England die Tschechoslowakei ihrem Schicksal überlassen bzw. Prag verraten hätten. In diesem Zusammenhang wurde in der oppositionellen Presse die Sorge ausgedrückt, die Kleinstaaten könnten bald selbst einer Aggression zum Opfer fallen. Die lettische Presse äußerte nicht explizit ihre Unterstützung für die Tschechoslowakei. Die deutschsprachige Presse wiederum rechtfertigte die deutsche Politik in der tschechoslowakischen Krise. Die überwiegende Sympathie der baltischen Völker für die Tschechoslowakei hatte somit keinen besonderen Einfluss auf die Politik ihrer Regierungen.

Das Münchener Abkommen hatte weitreichende Folgen: Der britische und französische Einfluss auf die europäische Politik nahm ab. Die politische Dominanz von London und Paris auf der europäischen Bühne, die auf dem Versailler Vertrag beruhte, war beendet. Das System der französischen Militärbündnisse wurde aufgelöst. Die Tschechoslowakei geriet in völlige Abhängigkeit von Deutschland. Das Kräftegleichgewicht in Europa änderte sich zu Gunsten Berlins. Wie auch andere Länder Osteuropas zogen die baltischen Staaten aus dem Münchener Abkommen ihre Konsequenzen: England und Frankreich würden nichts zur Gewährleistung ihrer Sicherheit tun; die Versprechen aus London und Paris waren bedeutungslos. Nach dem Abschluss des Abkommens verstärkte sich in den baltischen Staaten die Ansicht, Deutschland sei die einzige Kraft in Europa, die der Sowjetunion und dem Bolschewismus Widerstand leisten könne. Deutschlands Einfluss, sein militärisches und wirtschaftliches Potenzial hatte in dieser Sicht nach Beendigung der tschechoslowakischen Krise in gewaltigem Maße zugenommen und seine strategische Situation war durch das Auf-

marschgelände im Sudetenland erheblich verbessert worden. Der Einfluss der Sowjetunion auf die europäische Politik wiederum hatte sich bedeutend vermindert.

Estland, Lettland und Polen unterschätzten die stabilisierende Rolle, die die Tschechoslowakei in Mitteleuropa gespielt hatte. Während die Tschechoslowakei von der europäischen Karte für sechs Jahre verschwand, verschwanden die baltischen Staaten infolge der Ereignisse der Jahre 1939/40 jedoch für mehr als 50 Jahre.

Aus dem Estnischen übersetzt von Heli Rahkema, Bielefeld,
bearbeitet von Karsten Brüggemann, Tallinn

Summary

Historians have left a number of vital questions concerning the Czechoslovak crisis and the Munich Pact unanswered: What was the attitude of the Baltic states toward Article 16 of the League of Nations Pact, towards the Czechoslovak crisis and towards the Munich Pact? How did the events that had occurred and were occurring in Czechoslovakia reverberate in the domestic politics of the Baltic states? Similarly, no answer has been sought to the question as to how the Czechoslovakian crisis affected the relations of the Baltic states with Germany, the Soviet Union and the western democracies.

Today's historiographies of Russia and the Baltic states present conflicting views of the Czechoslovakian crisis. The view that there is no direct link between the Munich Pact and the fate of the Baltic states in 1939/40 dominates the historiographies of the Baltic states. Exceptions are, however, provided by some Lithuanian historians and the collection of presentations from the 2010 conference on Czechoslovakian-Lithuanian relations sponsored jointly by Lithuanian and Czech historians. Russian historiography, on the other hand, claims that the 1939 Molotov-Ribbentrop Pact was a direct result of the Munich Pact.

In the current article I shall attempt, based on archival materials and publications, to analyse the foreign policy of the Baltic states in the context of international relations, and to show how historians have explained the behaviour of small states in times of crisis. The decision by Estonia and Latvia to declare Article 16 of the League of Nations optional was a result of the stand taken by the Scandinavian countries but also of pressure from Germany and Poland. Lithuania's decision was, in turn, the result of pressure from Estonia and Latvia as the two other members of the Baltic league. The Baltic declaration in regard to Article 16 signalled to Moscow that the Baltic states were not going to employ economic and military sanctions against an aggressor, and that they were going to repulse any attempt of the Red Army to pass through the territories located between the Soviet Union and Germany. Declaring Article 16 optional helped to resolve the Czechoslovakian crisis in favour of Germany. In spite of the fact that the Latvian and Lithuanian governments attempted to demonstrate their neutrality during the crisis, several government members and military leaders of these countries expressed Soviet-friendly and anti-German and anti-Polish opinions. In analysing the mood of the Latvian military leadership it becomes apparent that they were prepared to enable the Red Army to transit Latvia and to fight with the Red Army against Germany. In the case of Lithuania, the support of the government and military leaders for the League of Nations is evident. Certain attitudes are also discernible which give rise to the supposition that, in the case of conflict, Lithuania would have inclined towards the Soviet Union and not

to Germany and Poland. Until the conclusion of the Munich Pact, Latvia's foreign policy leaders believed above all that only the League of Nations and collective security could guarantee their independence. After the conclusion of the Munich Pact, the Latvian foreign policy leaders became seriously interested in "unconditional neutrality", which in essence meant orientation towards Germany. In contrast to Latvia, from 1935-1936 the Estonian military and foreign policy leaders viewed the Soviet Union as the main danger to their sovereignty, whereas the people at large feared first Germany and only then the Soviet Union as their true enemy. After the Munich Pact, the dominant belief in Estonia was that Latvia as a wartime ally would not fight with Germany and Estonia against the Soviet Union and that a political alliance with Latvia and Lithuania would be detrimental to Estonia. This resulted in a noticeable weakening of the Baltic League, that is in the cooperation among the member countries. The Latvian press did not express its support of Czechoslovakia as openly. The approach of the Estonian and Lithuanian press to the Czechoslovakian crisis was two-fold: the official approach and that of the opposition. The official approach attempted to calm the public and to show that nothing special had occurred. The approach of the opposition was to declare that the politics of Germany and Poland were the politics of aggressive force and that France and England had abandoned Czechoslovakia to its fate, or even, had betrayed it. The approach of the German-language press in the Baltic states to the crisis was to side with Germany. Munich had far-reaching consequences. As a result of the agreement, the influence of England and France on European politics weakened. England and France had lost the supremacy of power which they had previously enjoyed in Europe. The balance of power in Europe swung in Germany's favour. Lithuania was forced to cede Klaipeda. The Baltic states drew their own conclusions about the Munich Pact and the resulting situation in Europe. It was understood that England, France and the League of Nations were powerless, should a new crisis develop, to guarantee the security of Eastern Europe. After the Munich Pact, the groups in the Baltic states who saw Germany as the only power capable of opposing the Soviet Union gained in strength.

The Baltic states and Czechoslovakia are an example of how, after the Munich Pact, countries found a suitable 'bandwagon' on which to jump, choosing the politics of accommodation in an attempt to avoid what might be seen as opposition to Germany.